

Hand

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und
Wissenschaft
Bremen
März/April
Nr. 2/2020

Da läuft etwas ganz schief. Der Übergang von der Schule auf die Universität ist hochgradig gestört. Zwischen Abitur und Universität entsteht eine neue Schulart – die das nachholt oder überhaupt erst

VOM WERT DES ABITURS

einmal thematisiert, was in den Lehrplänen der Schule steht. Das Gymnasium erfüllt gar nicht mehr die Aufgabe, die man ihm aufgetragen hat: Studierfähigkeit.

Abgesehen davon, dass auch Abiturienten und Akademiker essen und mal einen Nagel in die Wand schlagen müssen: Die heutige Arbeitswelt braucht vorausschauend denkende Fachkräfte, die nicht lediglich einen Teilaspekt, sondern das Ganze im Blick haben. Ich denke, dass ein Inge-

nieur, der selbst mal eine Platine gelötet oder die Statik eines Bauwerks nicht nur berechnet, sondern selbst bauend überprüft hat, einen wesentlich wertvolleren Beitrag leisten kann als ein reiner Theoretiker.

Es fehlt an Urteilskraft im Umgang mit parallelen oder gar widersprüchlich zueinander stehenden Theorien – etwa der Differenz einer Sozialisations- und einer Bildungstheorie. Theorien werden nicht als Theorien referiert, sondern als unmittelbar realitätsbezogene Aussagen: Statt "Wehler stellt die These auf, dass das Bildungssystem ungerecht sei", wird im Referat formuliert: "Das Bildungssystem ist ungerecht."

Beim Besuch dieser Veranstaltungen ging mir immer wieder die folgende Frage durch den Kopf: Warum gibt es an abiturorientierten Oberschulen so wenige Angebote für praktisch begabte Schüler? Fast ausschließlich an Real- und Hauptschulen (in Berlin: Integrierte Sekundarschule ohne gymnasiale Oberstufe) gibt es ausgestattete Schulküchen, in denen man kochen und backen lernen kann. Fast ausschließlich dort sind Werkstätten und genügend Zeit im Stundenplan vorhanden, um sägen, bohren, feilen, löten, nähen, gärtnern usw. lernen zu können.

Dieser Befund zeigt sich auch, wenn man Klausuren, Power Point-Präsentationen und Hausarbeiten, die Orthographie und die Interpunktion anschaut: Kommaregeln werden so gut wie gar nicht systematisch angewandt; Rechtschreibfehler betreffen inzwischen die unsicher gewordene Groß- und Kleinschreibung. Etwa 80 Prozent der Klausuren weisen ein unregelmäßiges, nur schwer lesbares Schriftbild auf. Ich habe Seminararbeiten zu korrigieren, d



■ Längst hat die Ausbreitung des Coronavirus auch Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Wenig beleuchtet wird bislang die Frage, wer von der aktuellen Situation profitiert. Tut dies eine sich weiter verzockende Finanzwirtschaft, die eine willkommene Gelegenheit sieht, sich erneut vom Staat retten zu lassen?

So zugespitzt würde ich es nicht formulieren. Allerdings haben die Banken in den vergangenen Jahren viele faule Kredite angesammelt, die ihnen Probleme bereiten. Die Niedrigzins-

nützigen und öffentlichen Krankenhäusern ist. Finanzspekulant, die Arztpraxen und Kliniken übernommen haben, fragen sich: Wie kann ich aus der Situation Profit schlagen? Mit der Sicherung von Quarantäneveranstaltungen können sie jedenfalls nicht absahnen, die kostet viel Geld.



Rudolf Hickel

Virus trifft Kapitalismus

»Beschäftigte sind die Gelackmeierten«
Coronaepidemie hat Konsequenzen für die Wirtschaft. Privatisiertem Gesundheitssystem droht Kollaps.

Ein Gespräch mit Rudolf Hickel

Von Gitta Düperthal

phase und entsprechend zinsgünstige Kredite ermöglichten es eigentlich schon insolventen Unternehmen, sich dank sogenannter Zombiekredite über Wasser zu halten. Infolge der Verbreitung des Coronavirus wird der ganze Wertberichtigungsbedarf erst sichtbar. Im Windschatten der Krise könnten sich die Banken folglich mit Rettungsmaßnahmen auf Staatskosten sanieren.

Könnte es im Interesse der Finanzwirtschaftslobby liegen, die Angst vor dem Virus anzufeuern, um so zu vertuschen, dass eine Finanzkrise unabhängig von Corona längst ins Haus stand?

Nicht unmittelbar: Eine Interessengruppe, die sagt, »Lasst uns mal wieder die Banken mit Steuergeld retten«, existiert vermutlich nicht. Aber dass die gegenwärtige Situation instrumentalisiert wird, liegt auf der Hand. Wichtiger ist aber, dass in der Coronakrise die Folgen der Privatisierung des Gesundheitssystems richtig offenbar werden. Die dramatischen Folgen zeigen, wie problematisch die Zerschlagung von gemein-

Zwei Lehren daraus bestärken Linke in ihrer Position. Die erste: Raus aus der profitwirtschaftlichen Organisation der Krankenhäuser! Auch Arme müssen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Die zweite: In der Pharmazie greift die linke Globalisierungskritik. Dass Konzerne zur Lohnkostensenkung ganze Produktionszweige in Länder mit Billiglöhnen wie Indien oder China verlagerten, rächt sich jetzt. Linke haben stets insistiert, diesem aggressiven Kapitalismus müsse durch lokale Produktionsstandorte begegnet werden. Jetzt fordert selbst Bundesgesundheitsminister Jens Spahn von der CDU, europäische Unternehmen müssten wieder in Europa produzieren.

Droht auch die Demokratie Schaden zu nehmen, weil sich die Logik intransparenten kapitalistischen Handelns noch weiter verschärft?

Ja, das Vertrauen ist völlig erschüttert. Die jetzt auftretenden Probleme hätten wir alle nicht, wenn die von Profitgier getriebenen Konzerne sich nicht in der Form hätten entfalten können. Jetzt muss geprüft werden, wie diese Unternehmenspolitik

durch die Stärkung lokaler Produktion rückgängig gemacht werden kann.

Was muss die Bundesregierung in dieser Situation tun?

All das, was der Bertelsmann-Konzern in seinen Studien mit der ständigen Rede vom Bettenüberhang bewirkt hat, stellt sich nun als Unfug heraus. Krankenhäuser müssen wieder breit in der Fläche öffentlich gesichert werden. Die Globalisierung muss zurückgefahren, die Rückholung der Industrie gefördert werden. Zudem brauchen wir sofortige Überbrückungsmaßnahmen für die Beschäftigten. Sie sind die Gelackmeierten, wenn jetzt durch Lieferunterbrechungen Arbeit nicht gebraucht wird. Was passiert, wenn ein Arbeiter morgens einen Anruf von seiner Firma erhält, dass die Produktion eingestellt werden muss, weil etwa eine Zulieferkette aus China nicht funktioniert? Da darf keine Verunsicherung aufkommen.

Wie können Linke sicherstellen, dass nicht unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Coronavirus ein Klassenkampf von oben stattfindet? Die sozialen Bewegungen müssen scharf kritisieren, in welche fatale Lage uns dieser aggressive Globalisierungskapitalismus gebracht hat. Es muss jetzt für ein öffentlich abgesichertes stabiles Gesundheitssystem mit Krankenhäusern vor Ort demonstriert werden. Parole: Raus mit den Finanzspekulant aus dem Gesundheitssystem! Wir brauchen einen ökologischen und sozial abgefederten Umbau des gesamten Systems sowie eine Förderung der Binnenwirtschaft. Mit der aggressiven Exportstrategie muss Schluss sein.

Dieses Gespräch erschien ursprünglich in der jungen welt vom 16. März 2020.

Anmerkung:
Der Text der letzten Zeitlupe (BLZ 1/2020) stammt nicht von Alice Hasters. Die Redaktion bitte diesen Fehler zu entschuldigen.

Wer will schon vor Gericht?

Arbeitszeiten in Schulen müssen reduziert werden

Von Karsten Krüger

Unstrittig ist, dass die Arbeitszeiten der in Schule Beschäftigten zu lang sind. Klar ist auch: Wer regelmäßig zu viel arbeitet oder arbeiten muss, ist überlastet, wird krank und/oder geht früher in Rente bzw. Pension. Die Arbeitsbelastung für die allermeisten hat ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Mehr als 4000 Betroffene haben zuletzt bei den großen Schulpersonalversammlungen in Bremen und Bremerhaven ihren Protest klar und unmissverständlich kundgetan (siehe auch Berichte Seite 5). Sie wollen keine Zwangsteilzeit, um das Pensum zu schaffen, sie wollen keinen Burnout, sie wollen nicht früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen.

Um das alles zu vermeiden, muss die Bildungsbehörde schnell, glaubwürdig und nachhaltig für wirkliche Entlastung sorgen. Denn bei unterlassener Problembeseitigung durch die Verantwortlichen am Remberg tiring droht neuer (rechtlicher) Streit, den eigentlich keiner so richtig will: nämlich Auseinandersetzungen vor dem Verwaltungsgericht. Seit dem 26. März klagt in Hannover ein gestresster Grundschulleiter gegen überlange Arbeitszeiten. Und ab 12. Mai beginnt ein weiteres Verfahren in Osnabrück. Ausgang ungewiss. Aber Experten erwarten, dass Niedersachsen in den Musterverfahren verpflichtet wird, die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu senken. Und dies hätte auch unmittelbare Folgen für unser Zweistädte-Bundesland. Dies ist wiederum unstrittig.

In-Team

In Vino Veritas

Gerhild Fiege, unsere verdiente Korrekturleserin,



muss so einiges aushalten, wenn sie sich über die vielen Fehler in den Manuskripten hermacht. Zum Glück stand bei der letzten Sitzung eine Flasche Rotwein herum: Ein Geschenk für Redakteur Krüger, der sich über

Nachwuchs freuen durfte. Der Beschenkte spendete die Flasche großzügig – zur Hebung der Arbeitsmoral. Vielleicht sollten wir das jetzt immer machen... wp

Planung

Heft Nr. 3/2020: »Mitbestimmung«

Redaktionsschluss: 20. April 2020

BLZ 2-2020

Rubriken

2 Virus trifft Kapitalismus

Interview mit Rudolf Hickel

4-6 Landesvorstand

Vom Wert des Abiturs

7 Vorwort

Werner Pfau

9 Fachgruppe Gymnasiale Oberstufe

Werner Pfau

10 Abitur im Wandel der Zeit

Jürgen Burger

12 Die Aufgabe des Gymnasiums

Prof. Volker Ladenthien

15 Gedanken zu G 8

Dr. Jörn Lütjens

17 Einheitsschule als Ziel

Peter Grothe

19 Abbrüche: Positive Facetten

Swantje Hüsken

21 Hochschulzugang ohne Abitur

Karsten Krüger

22 Abiturquote im Westen

Wilfried Meyer

Bildung – Politik – Gesellschaft

23-25 Serie: Kernfragen der GEW, Teil 6

Bernd Winkelmann

26-28 Debatte zur Friedensbewegung

Detlef Drewes, Herbert Wehe und Werner Pfau

29 Leserbrief

Klaus Richter, Rüdiger Eckart und Wilfried Meyer

30 Tagung Internationales

Karl-Heinz Pitz

31 Evangelikale Heimsuchung

Herbert Thomsen

Weitere Rubriken

32 Gratulationen

33 Buchtipps

34 Frischluft

Wilfried Meyer

35 Hinweise

36 Termine und Seminare

Impressum:

BLZ Landesverband
Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-33764-0,
Fax 0421-33764-30
blz@gew-hb.de
www.gew-bremen.de
www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten: Mo-Do 8-12.30,
13-16 Uhr und Fr 8-14 Uhr

Redaktion:

Susanne Carstensen
Tel. 0152-31882209
s.carstensen@schule.bremerhaven.de

Swantje Hüsken
Tel. 0151-10774532
s.huesken@email.de

Karsten Krüger
Geschäftsführender Redakteur
Tel. 0173-6831678
kkrueger@posteo.de

Wilfried Meyer
Tel. 0170-2953984
wilfmei@t-online.de

Werner Pfau
Tel. 0172-1609809
internationales@gew-hb.de

Mitarbeit:

Jürgen Burger

Korrektur:
Gerhild Fiege

»Termine und Hinweise«:

Jürgen Burger
Tel. 0421-71153
burger@gew-hb.de

Titelblatt:

Dr. Matthias Duderstadt
Tel. 0421-701692

Herausgeber:

Landesverband Bremen der GEW

Verlag:

Geffken & Köllner GmbH
Kommunikations-Design
Service + Druck • Verlag
Sedanstraße 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55708-0
service@geffkenkoellner.de

Anzeigen:

Anzeigenpreisliste:
Karsten Krüger
Tel. 0173-6831678
Anzeigenschluss:
Heft 3 am 20. April 2020

Der Bezugspreis der Bremer Lehrzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustelgebühren inkl. Miurst. Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

Papier: Circle Volume, 100%,
Recyclingpapier
Auflage: 5600 Exemplare



Die Delegation des Bündnisses nach der Übergabe der Forderungen an den Senat

Bremer Bündnis für Bildung fordert Finanzierung der Wahlkampfversprechungen

■ Das Bremer Bündnis für Bildung (BBB) hatte 2017 mit einer Online-Petition, die von über 5000 Bremer*innen unterzeichnet wurde, den Senat zu einer drastischen Steigerung der Bildungsausgaben aufgefordert. Im Wahlkampf 2019 war Bildung der vorrangige Schwerpunkt aller Parteien. Und im Schulkonsens 2018 heißt es: »Die Ressourcenausstattung insbesondere im personellen und investiven Bereich wird ab der nächsten Haushaltsbeschlussfassung am Durchschnitt der Schüler-Kopfausgaben der Stadtstaaten orientiert.«

Anlässlich der aktuellen Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2020/2021 hat das Bündnis eine

gemeinsame Erklärung verabschiedet. Eltern, Lehrkräfte, Erzieher*innen und Verbände haben demnach »nicht den Eindruck, dass dieses Versprechen umgesetzt wird. Stattdessen ist der Abstand der Ausgaben im Verhältnis zu den anderen Stadtstaaten von 2016 bis 2019 noch größer geworden. Das wird den propagierten Ansprüchen: Bildung ist Schwerpunkt im Lande Bremen und die Qualität wird verbessert, in keiner Weise gerecht! Das Bremer Bündnis für Bildung erwartet, dass die rot-rot-grüne Koalition die Eckwerte für Bildung erheblich steigert und entsprechend der großen Ankündigung eines Schwerpunkts Bildung einen langfristigen Stufenplan vorstellt, wie Bremen den Anschluss wenigstens an die anderen Stadtstaaten herstellen wird.«

Gefordert werden für den Doppelhaushalt u.a.:

- kurz- und mittelfristige Sofortprogramme zur Gewinnung von mehr Erzieher*innen, Lehrkräften, Sonderpädagog*innen, Sozialpädagog*innen, Schulsozialarbeiter*innen,
 - verstärkte Unterstützung durch mehr Personal und bessere Ausstattung für alle Kitas und Schulen (mit Schwerpunkt bei Einrichtungen mit einem hohem Anteil von Kindern aus armen Familien), um die versprochene Qualitätsverbesserung einzuleiten,
 - ein Sonderprogramm »Bau und Sanierung« für den Ausbau von Kitas und Schulen sowie höhere dezentrale Baufonds an jedem Standort für Sofortmaßnahmen,
 - Entlastung von besonders belasteten Lehrkräften, Erzieher*innen und Leitungsteams durch verschiedene Maßnahmen (z.B. durch Doppelbesetzungen, durch technische Assistenz für Verwaltung, digitale Technik und Bau sowie höhere selbstverwaltete Materialbudgets)...
- Diese Forderungen hat eine Delegation des Bündnisses am 11. Februar dem Senat überbracht (s. Foto). Andreas Rabenstein, GEW-Stadtverbandssprecher erklärte nach der Aktion: »Bildung ist in Bremen massiv unterfinanziert. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss bei der Haushaltsaufstellung Priorität haben. Nun ist es an der Zeit, die Wahlversprechen umzusetzen.«

Arbeitskreis »Bildung in der digitalen Welt« nimmt seine Arbeit auf

■ Der Bremer Gewerkschaftstag im November 2019 hatte einstimmig die Einrichtung eines Arbeitskreises »Bildung in der digitalen Welt« beschlossen. Dieser Beschluss ist nach Aktivitäten der Fachgruppe Oberschulen und Vorbereitung durch den Landesvorstand am 5. März umgesetzt worden. Beim ersten Treffen haben zehn GEWler/innen (und einige weitere per Mail) aus Grund- und weiterführenden Schulen sowie

aus der Universität ihre Arbeitsweise festgelegt und eine erste umfangreiche, breit gefächerte Themensammlung zusammengestellt. Dabei finden die Stellenstreichungen im Bereich Digitale Medien in der Bildung der Uni oder ökonomische Aspekte genauso Berücksichtigung wie mangelnde technische Betreuung der schulischen Rechner, fehlende curriculare Vorgaben im Bereich Medienbildung in den Schulen oder Fragen von Arbeits- und Persönlichkeitsschutz.

In der nächsten Sitzung (der Termin wird per Homepage und Newsletter bekannt gegeben) sollen erste Schwerpunkte und Ziele herausgear-

beitet werden. Grundlage sind zwei Bremer Papiere:

- Entwurf für einen Leitfaden für Schulen der Fachgruppe Oberschulen (Entscheidungsprozesse in den Schulen steuern, »Digitalteams« einrichten, ...)
- Eckpunktepapier des Gewerkschaftstages (drei Schwerpunkte: Arbeitsfeld Schule – Ausstattung, Infrastruktur und Support – Inhalte und pädagogische Konzepte, Curricula, Aus- und Fortbildung)

Weitere Mitstreiter*innen sind herzlich willkommen! Infos in der Geschäftsstelle bei Katharina Krieger unter krieger@gew-hb.de oder info@gew-hb.de.



Abschlussgesang des Personalrats: »Beamte lügen nicht!«

Überlange Arbeitszeiten als Hauptproblem

3500 Beschäftigte an Bremer Schulen fordern Entlastung

■ Schätzungsweise 3500 Beschäftigte besuchten die Personalversammlung (PV) aller Beschäftigten an Schulen am 19. Februar. Erstmals wurde eine PV im Bereich Schulen in der Messehalle 7 durchgeführt, nachdem bei der vergangenen PV im Pier 2 etliche Kolleg*innen keinen Platz bekommen hatten. Im Mittelpunkt stand die Arbeitszeit. Mehr als 1.000 Teilnehmer*innen schlossen sich der anschließenden Demonstration zum Rathaus an.

Folgende Forderungen der GEW, begründet von den neuen Landesvorstandssprecher*innen Barbara Schüll und Jan Ströh, wurden einstimmig verabschiedet:

1. Sofortige Maßnahmen gegen die Überlastung des Personals an den Bremer Schulen:

- Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere eine Neufassung der Teilzeitchrichtlinie, die die vielen Teilzeitkräfte bei den außerunterrichtlichen Aufgaben entlastet und so eventuell dazu führt, dass in Teilzeit Arbeitende ihre Arbeitszeit aufstocken. Dies wäre zugleich eine Maßnahme gegen den Fachkräftemangel.
- Mehr Stunden für Kooperation und Schulentwicklung, die auf die Unterrichts- und Betreuungsverpflichtung angerechnet werden.

- Fortbildungen mit Unterrichts- und Betreuungsbefreiung.
 - Entlastung für Korrektur- und Prüfungsaufwand.
 - Regelmäßige Unterrichtsvertretungen müssen als Teil des Stundendeputats angerechnet werden.
2. Die Unterrichts- und Betreuungsverpflichtungen an den Schulen sind insgesamt zu hoch, wie zahlreiche Studien nachweisen. Dies führt zu regelmäßiger Überschreitung der gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeit. Daher fordert die Personalversammlung darüber hinaus:
- Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung von 1997 für Lehrkräfte um zwei Unterrichtsstunden.
 - Begrenzung der Betreuungsverpflichtung der Pädagogischen Mitarbeiter*innen auf maximal 28 Stunden bei einem vollen Stundenvertrag von 39,2 Wochenstunden.



Abschlussdemonstration zum Marktplatz

■ Im Rahmen der Initiative »Bildung weiter denken« findet vom 20.04. bis 13.05.2020 der nächste bundesweite Aktionszeitraum statt. An vielen Orten in Deutschland werden Aktionen stattfinden, mit denen öffentlichkeitswirksam aufgezeigt werden soll, wie es um die Belastungssituation des pädagogischen Personals steht und welche Auswirkungen diese Belastung auf die Qualität der Bildung hat.

»Zeit für gute Bildung«

GEW-Aktionszeitraum 2020 zum Thema »Arbeitsbelastung«

Von Elke Suhr

Die bundesweiten Aktionszeiträume der Initiative »Bildung weiter denken« waren für Bremen überaus erfolgreich. A13/E13 für alle Lehrkräfte ist in der Umsetzung. Jetzt geht es darum, das nächste wichtige

Thema anzugehen. Mit dem Themenschwerpunkt »Arbeitsbelastung« werden alle in Bildung Tätigen in den Blick genommen. Denn es reicht und es reicht schon lange. Diverse Arbeitszeitstudien haben immer wieder aufgezeigt, dass Lehrkräfte ihre Arbeit in der vorgesehenen Zeit überhaupt nicht schaffen können. Dies wird von der Politik seit Jahren ignoriert.

Als ersten Aufschlag werden wir deshalb in dezentralen Aktionen zum Thema Arbeitszeit agieren. Bei den Personalversammlungen der Schulen in beiden Städten wurde das Thema Arbeitszeit mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten thematisiert. Unter dem Thema »Zeit für gute Bildung« lassen sich Forderungen der verschiedenen Berufsgruppen vereinen. Für die pädagogischen Mitarbeiter*innen geht es um transparente und faire Arbeitszeitregelungen, die sowohl eine maximale »Zeit am Kind« definieren als auch genug Zeit für Vor- und Nachbereitung sowie Kooperationszeiten berücksichtigen. Für die Lehrkräfte geht es mindes-

tens um die Rücknahme der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung von 1997. Dies ist mehr als überfällig. Gleichzeitig ist es wichtig, dass es neben der Zeit (Quantität) auch um die Intensität/Belastung (Qualität) gehen muss. Die Arbeitsinhalte der Lehrkräfte müssen entrümpelt werden.

Die Arbeit muss für alle Berufsgruppen wieder schaffbar gemacht werden und zwar in der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit. Arbeit darf nicht krank machen. Die Pflichtstunden der Lehrkräfte müssen runter, die »Zeit am Kind« für pädagogisches Personal muss runter und die Entlastung muss für alle rauf. Dafür müssen wir kämpfen. Laut und kreativ. Wir planen Kurzaktionen mit einer großen Uhr, die auf einer Plane gedruckt wird. Zwölf Personen stellen sich mit ihren Forderungen auf die Uhr und werden fotografiert. Die verschiedenen Fotos werden gesammelt und veröffentlicht. Wenn ihr diese Aktion mit eurem Kollegium durchführen wollt, meldet euch in der Geschäftsstelle.

Tarifvertrag unterzeichnet

Einigung mit Privatschule Mentor

■ Nach langen und schwierigen Verhandlungen inklusive zweier Urabstimmungen und einem Beschluss für einen unbefristeten Erzwingungsstreik sind die Tarifverhandlungen an der Mentor Schule zu einem erfolgreichen Ende gekommen. Am 6. März unterzeichneten Andreas Rabenstein für den SV Bremen und Dr. Matthias Bonkowski sowie Markus Wruck für die Mentor Schule den neuen Vergütungstarifvertrag.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Gehaltssteigerungen von vier Prozent rückwirkend ab 1. August 2019 sowie bis zu vier Prozent im Jahr 2020 und die Einführung einer Stufe 6. Darüber hinaus haben sich die



Nach dem Tarifabschluss

Tarifpartner darauf geeinigt, die noch immer eklatante Lücke zum TV-L langfristig zu schließen.

Wir danken der Tarifkommission und den streikbereiten, engagierten Kolleginnen und Kollegen der Privatschule Mentor.

Non scholae, sed vitae...

Vom Wert des Abiturs

Von Werner Pfau

■ Während das Abitur zum häufigsten gewählten Abschluss geworden ist, ist die Diskussion um seinen Wert, und damit um Allgemeinbildung und Studierfähigkeit überhaupt, in vollem Gange. Von den Universitäten sind immer öfter Stimmen zu hören, die fehlende oder sinkende Fähigkeiten beklagen, insbesondere was Wissenschaftspropädeutik betrifft. Zusätzliche Vorbereitungskurse sollen vermitteln, was in der Schule offenbar nicht vermittelt wurde. Die Einführung von Eingangstests für Erstsemester ist im Gespräch, teilweise offen, teilweise, wie man hört, hinter vorgehaltener Hand.

Unser Schwerpunkt beleuchtet das Thema von verschiedenen Seiten. Jürgen Burger, intimer Kenner bundesdeutscher und insbesondere Bremer Bildungspolitik, gibt einen Überblick über die Entwicklung des Abiturs in den letzten Jahrzehnen. Prof. Volker Ladenthien, seines Zeichens emeritierter Didaktiker an der Uni Köln, beschreibt, was er als – im Vergleich zu früher – Defizite der Studierenden erfährt. Er hat hunderte von Mails und mittlerweile etwa 1500 Klausuren ausgewertet. Thema ist auch die Konkurrenz von Gesamtschulen und Gymnasien: Peter Grothe plädiert für die Einheitsschule bei stärkerer sozialer Durchmischung der Zöglinge.

Unser Dank gilt dem Bremer Schulmuseum, das die großartigen Jahrgangsfotos aus Gymnasialen Oberstufen zur Verfügung gestellt hat. Das Schulmuseum bittet übrigens darum, dass man ihm aktuelle Fotos aus Bremer Schulen zukommen lässt, so dass es seine Sammlung fort-schreiben kann.



VOM WERT DES ABITURS

einmal thematisiert, was in den Lehrplänen der Schule steht. Das Gymnasium erfüllt gar nicht mehr die Aufgabe, die man ihm aufgetragen hat: Studierfähigkeit.

Die Rolle der Hände beim Vorgang des Verstehens ist beträchtlich – und etymologisch ausgiebig. Die Sprache macht uns klar, dass es eins ist, etwas verstanden oder kapiert oder begriffen zu haben. Vor allem das gelangt in unseren Kopf, in unseren Verstand, was wir mit unseren Händen greifen und fassen konnten.

Sogar für das Arbeiten am Computer wurde das Wort »erfassen« übernommen. »Erfasste«

Es fehlt an Urteilskraft im Umgang mit parallelen oder gar widersprüchlich zueinander stehenden Theorien – etwa der Differenz einer Sozialisations- und einer Bildungstheorie. Theorien werden nicht als Theorien referiert, sondern als unmittelbar realitätsbezogene Aussagen: Statt »Wehler stellt die These auf, dass das Bildungssystem ungerecht sei«, wird im Referat formuliert: »Das Bildungssystem ist ungerecht.«

Dieser Befund zeigt sich auch, wenn man Klausuren, Power Point-Präsentationen und Hausarbeiten, die Orthographie und die Interpunktion anschaut: Kommaregeln werden so gut wie gar nicht systematisch angewandt; Rechtschreibfehler betreffen inzwischen die unsicher gewordene Groß- und Kleinschreibung. Etwa 80 Prozent der Klausuren weisen ein unregelmäßiges, oft nur schwer lesbares Schriftbild auf. Ich

Abitur



Abiturientinnen 1928 an der Aufbauschule Hamburger Straße. Die jungen Frauen waren die ersten Schülerinnen, die dort das Abitur angestrebt haben. Foto: Schulmuseum

Abiturklassen im Wandel der Jahrzehnte

Die Fotoserie zum Schwerpunktthema



Abiturienten 1928 an der Aufbauschule Hamburger Straße. Zu sehen ist die Unterprima, kurz vor dem Abitur. Nur 3 von 18 Schülern erreichten das Abitur. Foto: Schulmuseum

Gemeinsame Aktionen statt Konkurrenz der Schulformen

Forderungen für faire Arbeitsbedingungen und gute Allgemeinbildung

Von Werner Pfau, Fachgruppe Gymnasiale Oberstufe

■ Seit 2018 gibt es in der GEW eine Fachgruppe, die sich der Anliegen all jener annimmt, die in der gymnasialen Oberstufe tätig sind. Dies betrifft Gymnasien ebenso wie einige Oberschulen und Oberstufenzentren. All drei Schultypen sind in unserer Gruppe vertreten. Deren Einzugsbereich reicht von den Gymnasien Horn und Kleine Helle über die Oberschule Findorff bis zum Schulzentrum Rübekamp im Bremer Westen. Ein wichtiger Aspekt dieser Zusammenarbeit über die ›Zweigigliedrigkeit‹ hinweg ist, dass wir uns nicht mehr durch die verschärfte Konkurrenz der Schulformen und -standorte um Anwohler auseinanderdividieren lassen wollen. Aus lebhaften Diskussionen sind einige gemeinsame Forderungen hervorgegangen. Diese haben sich in Antragsentwürfen bzw. Anträgen für den letzten Bremer Gewerkschaftstag niedergeschlagen. Sie geben einen guten Einblick in unseren Diskussionsstand.

Profiloberstufe

Einig waren wir uns in der Kritik daran, dass die Einführung der Profiloberstufe bei ständiger Aufwertung der Kernfächer die Wahlfreiheit der Schüler unnötig einschränkt. Unsere Forderung, lautet, wieder zu größerer Freiheit in der Fächerwahl zurück zu kehren.

Entlastung und fehlende Ausstattung

Natürlich fordern wir ebenso Entlastung für Kolleg*innen bei den Korrekturen während der Abiturprüfungen und die Reduzierung bürokratischer Aufgaben. Das Problem schlecht ausgestatteter Schulen haben wir im folgenden Antrag für den Gewerkschaftstag adressiert: »Um den Schüler*innen zu ermöglichen, sich in einer medial immer diffuseren

Welt zurecht zu finden, muss die Schule die dafür notwendigen Fähigkeiten auch mit einer entsprechenden Ausstattung leisten können. Dies betrifft sowohl die Digitalisierung aber auch die Versorgung in den verschiedensten Fächern. Eine mangelhafte Ausstattung im naturwissen-

»Natürlich fordern wir ebenso Entlastung für Kolleg*innen bei den Korrekturen während der Abiturprüfungen und die Reduzierung bürokratischer Aufgaben.«

schaftlichen Unterricht, in den musischen und künstlerischen Fächern, sowie die fehlenden finanziellen Möglichkeiten im Sportunterricht, können nicht länger hingenommen werden.«

Kontroverse Diskussionen zu G8

In der Fachgruppe zunächst kontrovers diskutiert, dann aber doch zur gemeinsamen Forderung erhoben, war die Abschaffung von G8 in den Bremer Gymnasien. Wir einigten uns auf folgenden Antrag: »Die Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges führt zu Stress für die Schüler*innen und zu einer deutlich zu oberflächlichen Wissensvermittlung. Ein breites Allgemeinwissen und vor allem die Fähigkeiten zur Vernetzung dieses Wissens, waren schon immer Aufgabe der Gymnasialen Oberstufe. Weiterhin empfinden wir es als notwendig, dass neben der reinen Wissensvermittlung vor allem der kritische Umgang damit gefördert und gefestigt werden muss. (...) Ein weiteres Problem sind die nebeneinander existenten Systeme der Gymnasialen Oberstufe vor allem für die Schüler*innen, die für die Sekundarstufe II die Schulform wechseln. Der Übergang von den durchgängigen Gymnasien, die in das Gy8-Modell gezwungen werden, in eine GyO der Oberschulen, bringt oftmals enorme Bildungslücken mit sich, die auf dem Weg zum Abitur kaum ausgeglichen werden können. Grundsätzlich muss unsere Perspektive also die »Eine Schule für alle« sein. Bis zur Umsetzung dieser bildungspolitischen Zielsetzung kann und darf es aber nicht Position der GEW sein, die Schüler*innen und Kolleg*innen diesen Problemen schutzlos auszuliefern«. Dem Antrag war kein Erfolg beschieden.

Anzeige




SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIEN

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de



■ Seit fast zwei Jahrhunderten ist das Abitur als Abschlussprüfung der höheren Schulbildung staatlich genau vorgeschrieben. Das »Preußische Abiturreglement« von 1834 sah sechs bis sieben unter Aufsicht geschriebene Arbeiten vor: Jeweils einen deutschen und einen lateinischen Aufsatz und eine mathematische Arbeit (fünfstündig), die Übersetzung eines deutschen Aufsatzes ins Lateinische und ins Französische sowie eines griechischen Aufsatzes

höheren Bürgerschulen) und privat unterrichtete Adelige und Söhne reicher Bürger die Universität besuchen konnten. Das Reglement ersetzte erstmals das Prinzip der adeligen oder reichen Geburt durch den Nachweis einer Prüfungsleistung. Die Verengung des Hochschulzuges war gleichzeitig die staatliche Reaktion auf die erste »Überfüllungskrise« der Universitäten und sollte ihn stark begrenzen.

Diese restriktive Regelung stieß jedoch im Zuge der raschen Industrialisierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an ihre Grenzen. In Industrie und Militär fehlte es zunehmend an naturwissenschaftlich und neusprachlich gebildeten Fachkräften für Leitungspositionen. Vor allem in den Industriestädten wurden immer mehr Realgymnasien und Oberrealschulen gegründet, die statt Altgriechisch moderne Fremdsprachen und die Naturwissenschaften zum Schwerpunkt hatten. Schließlich wurde deren Abschluss 1900 offiziell gleichgestellt. Die Zahl der Abiturienten verdoppelte sich bis zum Ersten Weltkrieg, aber die Standesschranke blieb weiterhin hoch, u.a. wegen des zu zahlenden Schulgeldes. Am Monopol des Gymnasiums hat sich in Deutschland bis in die 60-er Jahre des 20. Jahrhunderts wenig geändert. Immerhin wurde in der Weimarer Republik 1926 das höhere Mädchenschulwesen, das vorher weitgehend privat organisiert war, in das staatliche System integriert, und Frauen konnten hier jetzt auch die allgemeine Hochschulreife erwerben. Außerdem wurden einige Aufbaugymnasien gegründet, an denen Volksschüler das Abitur erreichen konnten. Die NS-Diktatur war eine Phase des Bildungsabbaus. Vor Kriegsende wurde das Notabitur oft ohne Abschlussprüfung ausgestellt. Die Westzonen und ab 1949 die Bundesrepublik übernahmen weitgehend das System der Weimarer Republik. Nur das Schulgeld wurde abgeschafft. Die Quote der Zugangsberechtigten für die Hochschulen blieb niedrig, sie lag 1950 bei 5% und 1960 bei 7%.

»Ausschöpfung der Begabungsreserven« – Die Bildungsreformen der 1970-er Jahre

Bis zur Mitte der 1960-er Jahre war die Entwicklung der Bundesrepublik durch Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung gekennzeichnet. Die niedrige Abiturientenquote schien hierbei nicht zu stören. Doch es zeichnete sich für die Zukunft ein starker Fachkräftemangel ab – zunächst vor allem bei den Lehrkräften und den Ingenieuren. Seit 1961 war außerdem der Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR versiegt. Die Forderung nach einer grundlegenden Reform des deutschen Schul- und Hochschulsystems war somit sowohl ökonomisch begründet, als auch durch den politischen und kulturellen Umbruch der Jahre 1968/69 verstärkt. Der 1965 gegründete Deutsche Bildungsrat plante ein gestuftes und durchlässiges System mit einer integrierten Sekundarstufe I und Oberstufenzentren, in denen allgemeine und berufliche Bildung verbunden werden sollten, sowie neue Gesamthochschulen. Als »Begabungsreserven« für die Erhöhung der Abiturientenquote wurden die Mädchen, die Arbeiterkinder und die ländlichen Regionen ausgemacht.

Die Realisierung eines integrierten Stufenschulsystems nach internationalem Vorbild scheiterte in den 1970-er und 1980-er Jahren am konservativen Widerstand. Gleichwohl wurde durch Teilreformen (Orientierungsstufen, Gesamtschulen, Erhöhung der Durchlässigkeit, Einführung des Kurssystems in der gymnasialen Oberstufe, Ausbau des zweiten Bildungsweges, Ausbildungsförderung) der Zugang zu den Hochschulen erweitert. Die Quote der Absolvent*innen mit Hochschulreife oder Fachhochschulreife stieg hierdurch und durch den gleichzeitigen Kapazitätsausbau der Gymnasien in den Bundesländern mit konservativer Schulstruktur stark an. 1970 betrug sie noch 11,7%, 1990 lag sie schon bei 33,8%. Und diese Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt.

Die 50%-Marke ist überschritten

2017 hatte mehr als die Hälfte der Schulabsolvent*innen eine Studienberechtigung. 40,2% hatten das Abi-

Das Abitur im Wandel

Rückblick und Bestandsaufnahme

Von Jürgen Burger

ins Deutsche (dreistündig). In der Rheinprovinz kam noch ein fünfstündiger Religionsaufsatz hinzu. Einen Monat später folgten an drei Tagen mündliche Prüfungen in Gruppen von je 14 Schülern in Lateinisch, Griechisch, Französisch, Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte und Religion. Das hohe Gewicht der alten Sprachen, die ca. 40% des Lehrplans ausmachten, ging auf das Konzept der neuhumanistischen Bildungsreformer um Wilhelm von Humboldt zurück, die die Beschäftigung mit der Antike als geeigneten Gegenstand für die allgemeine Menschenbildung ansahen.

Das historische Monopol des Gymnasiums

Einer der ersten Prüflinge nach diesem Reglement war 1835 Karl Marx in Trier. Er war einer der wenigen jungen Männer, die hierdurch berechtigt waren, eine Universität zu besuchen. 1836 gab es in ganz Preußen nur 1350 Abiturienten (davon 98 externe Prüflinge). Ihr Anteil an der Breite eines Jahrgangs lag bei unter 0,5%. Hätte Marx sich nicht zum Revolutionär entwickelt, so wäre ihm nach dem Universitätsexamen ein höheres Amt im Preußischen Staatsapparat sicher gewesen. Das Gymnasium hatte durch den Erlass von 1834 die Monopolstellung für den Hochschulzugang erhalten, während davor auch Absolventen anderer Schulen (z.B. der städtischen



Abiturientinnen 1938 am Lyzeum Vietor in Schwachhausen.

Die damalige Mädchenschule wurde 1912 von der Pädagogin Anne Vietor gegründet.

Foto: Schulmuseum

tur als allgemeine Hochschulreife, 10,7% die Fachhochschulreife. Dabei ist die Abiturientenquote in den Ländern sehr unterschiedlich verteilt: Die Extreme sind Bayern mit 32,1% und Hamburg mit 53,8%. Das Streben nach höheren Schulabschlüssen ist zu einer gesellschaftlichen Bewegung geworden, und keine Restriktionspolitik ist in der Lage, sie dauerhaft aufzuhalten. Verschiedene Faktoren haben dazu beigetragen: Für immer mehr Berufe gilt das Abitur bzw. ein Studium als Zugangsvoraussetzung. Der weibliche Anteil an den Abiturient*innen ist stark angestiegen, er liegt inzwischen bei über 50%. Die Sozialisation in den immer zahlreicheren Akademikerfamilien begünstigt, dass die Kinder ebenfalls einen akademischen Abschluss anstreben. Und schließlich haben das Entstehen einer hohen Sockelarbeitslosigkeit und eines großen Sektors prekärer Beschäftigung in den letzten vier Jahrzehnten große Angst vor einem sozialen Abstieg entstehen lassen. Ein guter Schulabschluss scheint hier einen gewissen Schutz zu versprechen.

Die Auswirkungen dieser Bewegung auf das gesamte Bildungssystem sind vielfältig. In den Grundschulen drängen die Eltern schon im dritten Jahrgang darauf, dass ihre Kinder eine Gymnasialempfehlung erhalten. Die allgemeinbildenden Schulen, die vor

der Aufgabe stehen, über 40% der Schüler*innen zum Abitur zu führen, sind hierfür unzureichend ausgestattet und oft nicht mehr in der Lage, allen Schüler*innen, die das Abitur anstreben, ausreichende Basisqualifikationen als Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums zu vermitteln. Alle Schulen, die nicht zum Abitur führen, stehen in der Gefahr, zu »Schulen der Verlierer« zu werden. Das duale System der Berufsbildung wird ausgedünnt. Der aus der erhöhten Abiturientenzahl resultierende Investitionsbedarf an den Hochschulen wurde nicht gedeckt. So entstand eine neue Überfüllungskrise. Die universitäre Lehre in Massenveranstaltungen lässt das Bachelor-Studium oft zu einer Art »Sekundarstufe III« werden, in der Grundlagenwissen gepaukt wird. Die Hochschulen haben auf den Zustrom in vielen Bereichen mit Zulassungsbeschränkungen reagiert. Dies wirkt wiederum auf die gymnasiale Oberstufe zurück. Kurse werden nach der Chance ausgewählt, eine gute Zensur zu bekommen. Und die Aufzählung ließe sich sicher fortsetzen.

Einige Konsequenzen

Die erste Schlussfolgerung aus diesem Dilemma ist einfach, aber unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen schwer durchzusetzen: Ein expandierendes Bildungssystem

braucht eine viel bessere Finanzierung. Die Verweildauer der Schüler*innen im System steigt, die Anforderungen werden höher. Hinzu kommt der Nachholbedarf der Schüler*innen mit Migrationshintergrund und aus benachteiligten sozialen Lagen. Die Schulen brauchen eine bedeutend bessere Schüler-Lehrer-Relation. Dasselbe gilt für die Lehrkapazitäten an den Hochschulen. Ein Land, in dem mehr als die Hälfte der Jugendlichen einen höheren Schulabschluss und ein Studium anstrebt, darf nicht mehr 4,2% des BIP (nach OECD-Kriterien), sondern muss 6-7% des BIP für die Schulen aufbringen.

Zweitens muss der Unterricht auf eine breite Allgemeinbildung ausgerichtet sein. Hierzu bedarf es einer ausführlichen inhaltlichen Debatte, was unter den heutigen und zukünftigen Bedingungen (Digitalisierung, Migration, Klimawandel) die Schlüsselkompetenzen ausmacht, und welche Kulturtechniken hierbei unverzichtbar sind.

Und drittens muss die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht werden, nachdem Deutschland in den 1970-er und 1980-er Jahren die historische Chance verspielt hat, ein einheitliches demokratisches Bildungssystem zu schaffen. Es darf keine Sackgassen mehr geben.

Literatur und Statistiken zu diesem Artikel können in der Online-Version auf der Homepage der GEW nachgelesen werden.

■ Eigentlich müsste alles bestens sein: »Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife sind mit durchschnittlich 19,4 Jahren ein halbes Jahr jünger als diejenigen des Jahres 2007«. Diese Verjüngung geht mit einem statistischen Leistungszuwachs einher: In Hessen z. B. hat sich zwischen 2009 und 2013 der Abiturnotendurchschnitt von 2,46 auf 2,42 verbessert. Zudem ist der Anteil der 1,0-Abiture von 1,2 auf 1,6 Prozent gestiegen. In Nordrhein-Westfalen hat sich die Zahl der Einser-Abitur-

Das Gymnasium erfüllt seine wesentliche Aufgabe nicht

Studierfähigkeit: Eine Kritik aus erziehungswissenschaftlicher Sicht

Von Prof. Volker Ladenthien

zeugnisse zwischen 2007 und 2011 sogar verdoppelt.

Aber gleichzeitig liest man beispielsweise auf der Homepage der TU Dresden: »Aufgrund der sehr großen Nachfrage in den vergangenen Jahren veranstaltet die Fakultät Mathematik und Naturwissenschaften der TU Dresden auch in diesem Jahr wieder die Brückenkurse für Abiturientinnen und Abiturienten in den Fächern Chemie, Physik und Mathematik. Die Kurse dienen der unmittelbaren Studienvorbereitung für zukünftige Studentinnen und Studenten der Ingenieurwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Naturwissenschaften, Medizinischen Studiengänge und den Studiengängen der Lehrerbildung. Schwerpunkt wird die Wiederholung und Vertiefung derjenigen Teile des Lehrplanes sein, deren Kenntnis bei Studentinnen und Studenten des ersten Studienjahres vorausgesetzt wird, die aber erfahrungsgemäß die meisten Schwierigkeiten bei der Anwendung bereiten.«

Das Abitur befähigt inzwischen nicht mehr zum Beginn eines Grundstudiums. Mittlerweile fließen riesige Geldsummen aus dem Ministerium an die Universitäten, weil viele Abiturienten nicht mehr studierfähig sind. Was die Kultusminister an verkürzter Schulzeit einsparen, geben die Wissenschaftsminister für Brückenkurse wieder aus.

Eine neue Schulart

Da läuft etwas ganz schief. Der Übergang von der Schule auf die Universität ist hochgradig gestört. Zwischen Abitur und Universität entsteht eine neue Schulart – die das nachholt oder überhaupt erst einmal thematisiert, was in den Lehrplänen der Schule steht. Das Gymnasium erfüllt gar nicht mehr die Aufgabe, die man ihm aufgetragen hat: Studierfähigkeit.

Dieser Befund zeigt sich auch, wenn man Klausuren, Power Point-Präsentationen und Hausarbeiten, die Orthographie und die Interpunktion anschaut: Kommaregeln werden so gut wie gar nicht systematisch angewandt; Rechtschreibfehler betreffen inzwischen die unsicher gewordene Groß- und Kleinschreibung. Etwa 80 Prozent der Klausuren weisen ein unregelmäßiges, oft nur schwer lesbares Schriftbild auf. Ich habe Seminararbeiten zu korrigieren, die bei zehn Seiten Umfang bis zu 100 Fehler aufweisen.

Ich möchte aber nicht allgemein bleiben, sondern an Beispielen zeigen, woran es beim Übergang grundsätzlich hapert. Meine Beschreibung hat sich aussagekräftiger Quellen bedient: Seit sieben Jahren lasse ich vergleichbare Klausuren in den Anfangssemestern schreiben: Die bisher über 1.000 Klausuren mit je sechs Fragen verlangen Reproduktion, aber auch Reorganisation und Transfer sowie Urteile. Die Fragen lauten etwa: »Warum sind Schulen gegründet worden: Unterscheiden Sie soziale und pädagogische Motive! – Welche (aktuellen) Theorien wollen den Bildungsbegriff ersetzen? Beurteilen Sie die Versuche!« Ein Pool von circa 120 möglichen Fragen ist den Studierenden vor den Klausuren bekannt, so dass sie von der Art

der Fragen nicht überrascht sein können. Bei Referaten ist eine schriftliche lehrzielorientierte Sachanalyse verlangt, für die kurze Texte (10 bis 200 Zeilen) zu referieren sind. Trotzdem ist immer mehr Hilfe nötig. Die zentrale Frage lautet: »Können Sie den Stoff nicht reduzieren?«

Wenig Eigenständigkeit

Die Studierenden können Theorien, die in der Lehre zuvor sprachlich einfach dargestellt wurden, mehrheitlich angemessen memorieren und reproduzieren. Hingegen fällt die eigenständige Erschließung von Theorien aus einfachen wissenschaftlichen Texten (zum Beispiel Karl Popper) mehrheitlich schwer; die Erschließung von Thesen aus historischen oder syntaktisch komplexen Texten (Humboldt, Hegel, aber auch Comenius) bedarf erheblicher Unterstützung. Bei diesen Texten bereitet dann auch eine angemessene eigensprachliche Reproduktion Schwierigkeiten. Die Texte können in der Regel nicht komplex, systematisch vollständig und in eigenen Worten zusammengefasst werden. Indikator ist ein einfacher Blick auf die gelesenen Texte: Bei den Unterstreichungen fällt auf, dass beinahe alles hervorgehoben ist, also keine Bedeutungshierarchien optisch markiert werden (zum Beispiel nach These, Begründung, Beispiel, immanente Gliederung 1., 2., 3.,).

Schwierigkeiten beim Abstrahieren

Die Studierenden sind mehrheitlich kognitiv kaum zu Abstraktionen fähig, und daher zum Transfer fast gar nicht. Aussagen antiker Autoren (Aristoteles) in zeitgemäßen Sprachgebrauch zu transferieren, scheitert weniger an lückenhaften historischen Kenntnissen als an der mangelnden Transferfähigkeit. Analysen sind so vage wie die folgende: »Comenius sagt, dass Schule gut für den Menschen sei.« Synthesen können nur mechanistisch (das heißt additiv, keinesfalls gewichtet) erstellt werden. Urteile werden linear (keinesfalls multiperspektivisch) gefällt. Paradoxa (»Werde, der du bist!«) oder Antinomien (»Wie kultiviere ich Freiheit durch Zwang?«) können kaum selbstständig reformuliert wer-



Abiturienten 1948 am Alten Gymnasium in Bremen-Mitte. Durch nicht allzu gravierende Bombenschäden konnte in der Dechanatstraße schon kurz nach dem Krieg wieder unterrichtet werden.

Foto: Schulmuseum

den; zumeist folgt man dem vorgegebenen Sprachgebrauch des Autors; eigene Beispiele können nicht formuliert werden. Selbstreferentialität – also Aussagen von Texten auf diese Texte selbst zu beziehen – wird nicht eigenständig geleistet und gelingt auch mit Unterstützung nur durch Vereinfachung der Beispiele.

Hypothetische »Wenn-dann«-Beziehungen werden in der Reproduktion zu ontologischen »Weil-also«-Zuständen verändert, d.h. von der konditionalen Aussage zur kausalen Erklärung verändert und nicht angemessen komplex aufgenommen. »Wenn man durchs Mikroskop schaut, sieht man eine Zelle.« »Weil man durchs Mikroskop schaut, gibt es Zellen.« Die Differenz von Ursache und Begründung wird nicht beachtet.

Fehlende Perspektivität

Es fehlt an Urteilskraft im Umgang mit parallelen oder gar widersprüchlich zueinander stehenden Theorien – etwa der Differenz einer Sozialisations- und einer Bildungstheorie. Theorien werden nicht als Theorien referiert, sondern als unmittelbar realitätsbezogene Aussagen: Statt »Wehler stellt die These auf, dass das Bildungssystem ungerecht sei«, wird

im Referat formuliert: »Das Bildungssystem ist ungerecht.«

Der »Berichtscharakter« kann bei Referaten sprachlich nicht durchgehalten werden, was unter anderem dadurch bedingt ist, dass der Konjunktiv I im Deutschen keineswegs sicher gebildet werden kann. Der Frage nach Voraussetzungen von Thesen (»Wer behauptet, dass etwas ungerecht sei, muss ein Kriterium haben für das, was gerecht und ungerecht ist«) wird mit dem Hinweis

begegnet, davon stehe aber nichts im Text. Dem Hinweis, dass man dann eben die Voraussetzungen selbst bedenken müsse, wurde entgegengehalten, dass man als Student doch keine Texte von Professoren kritisieren könne.

Ließen sich die vorstehenden Befunde leicht exakt quantifizieren, so beziehen sich folgende Aussagen auf alltägliche Eindrücke und Erfahrungen, die allerdings dokumentier-

Anzeige



**Klinik am
Leisberg**
BADEN-BADEN



In wunderschöner Ambiente bieten wir Ihnen:

- Intensive, individuell ausgerichtete Einzel- und Gruppentherapie
- Sicheres Auffangen von Krisen, kreative Stärkung Ihres Potentials
- Moderne Einzelzimmer mit Balkon und Komfort
- Genießer-Küche mit Restaurant-Charakter

Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, Essstörungen und psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telefon: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

bar sind (zum Beispiel in E-Mails und ihrer Häufigkeit). Im Verwaltungsbereich ist – aufgrund von zunehmenden Anfragen – eine wachsende Unselbstständigkeit festgestellt worden. Die Studierenden erwarten, dass jemand anderes für sie alles Wichtige erledigt. Termine etwa werden nicht ernst genommen, weil sie nur einmal zu Beginn des Semesters publiziert wurden, nicht aber verbal, ausdrücklich und kurzfristig darauf hingewiesen worden ist.

Praxiswahn

Diese Haltung wird allerdings stark unterstützt durch neu eingeführte universitäre Evaluationen, die den Studierenden Meinungen darüber abverlangen, ob ihnen Veranstaltungen etwas »gebracht« haben, ob sie »praxisnah« waren, »motivierend« oder »Lebensbezug« hatten. Die Universität wird angesichts dieser Fragen nicht mehr als der Ort verstanden, an dem man Fragen nachgeht, die man im Alltag nicht stellen und nicht lösen kann, sondern umgekehrt: Die Universität muss sich an den Ansprüchen der bisherigen Erfahrungen und am Alltag bewähren.

Man geht nicht zur Universität, weil man motiviert ist, sondern man geht zur Uni, um motiviert zu werden. Statt die Beobachtung am »fehlenden Lebensbezug« darauf hin zu prüfen, ob man selbst vielleicht falsch lebe, wird umgekehrt gefragt, warum die Uni sich diesem ihrem Leben nicht anpasse. Schon gar nicht soll eine Wissenschaft dort Fragen stellen, wo bisher keine waren. Die Antworten der Studierenden auf die Frage, »Was möchten Sie im Seminar lernen?« sind so allgemein und unverbindlich, dass man sie als Lehrender besser nicht stellt: »Mehr Praxis!«

Schwerwiegend ist der Mangel an authentischer (das heißt nicht inszenierter oder organisierter) Lebenserfahrung: eigene Erlebnisschilderungen (»Beispiele«) beziehen sich auf Schule, Elternhaus und die ganz enge peer-group oder aber – sehr häufig – auf mediale Klischees. Lebensweltliche Konfliktsituationen werden entweder als bereits von anderen geklärt oder als individuell beliebig lösbar entproblematisiert – zusammen mit mangelnder Urteilskraft ein Problem für praktische Handlungstheorien und sozialwissenschaftliche Theoriebildung. Problembewusstsein (im

Sinne der Erfassung von Antinomien in lebensweltlichen Situationen: Freiheit und Bindung; Gesellschaft und Individuum; Gleichheit und Angemessenheit) oder auch nur Sinn für die Komplexität lebensweltlicher Entscheidungen fehlen nahezu völlig.

Alles ist »Ansichtssache«

Die Verabsolutierung eigener Erfahrungen ist bei vielen Studierenden der Geisteswissenschaften auch beim Umgang mit wissenschaftlichen Aussagen zu beobachten. Literaturinterpretation sei »Ansichtssache«, jeder könne alles »in einen Text hineinlesen« (statt es am Text nachzuweisen) und diskussionsbeendend: Man sehe das »halt« anders. Auch in moralischen Fragen »sehe jeder das eben anders«; sittlich sei, was die Gesellschaft dafür halte. Sittlichkeit sei »keine Ahnung – anerzogen«. Es gebe »eh« keine Wahrheit, alles sei Ansichtssache. (...)

Der Text erschien zuerst in »Forschung & Lehre« im August 2018. Für die blz wurde er gekürzt. (<https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/da-laeuft-etwas-ganz-schief-894/>) Prof. Ladenthien forscht weiter und hat mittlerweile 1500 Klausuren ausgewertet.



Abiturientinnen 1949 am Gymnasium Kleine Helle. Es war das erste städtische Mädchengymnasium in Bremen. 1916 wurde es errichtet.

Foto: Schulmuseum



Abitur Anfang der 60er Jahre am Gymnasium Leibnizplatz in der Bremer Neustadt.

Das Foto zeigt eine Sportklasse.

Foto: Schulmuseum

GEW Bremen sollte ihre Haltung zu G8 überdenken

Gedanken zur Schulzeitverkürzung und ihren Auswirkungen

Von Dr. Jörn Lütjens

■ Spätestens seitdem in Niedersachsen das sogenannte »Turbo-Abi«, also das Abitur nach dem 12. Jahrgang bzw. nach 8 Jahren auf dem Gymnasium (G8) rückabgewickelt wurde, steigt der Argumentationsdruck in Bremen, auch hierzulande wieder das früher übliche »G9« einzuführen. Mittlerweile haben sich weitere große Bundesländer (Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Bayern) zu einer Rückkehr ins G9-System entschlossen, die 2024 bzw. 2025 abgeschlossen sein wird. In Hessen besteht Wahlfreiheit für die Gymnasien. In Baden-Württemberg laufen an einige Schulen Modellversuche. Rheinland-Pfalz war als einziges westdeutsches Bundesland von vornherein bei G9 geblieben. Wie kam es zu dieser Entwicklung? Ursprünglich war G9 in den westdeutschen Bundesländern das Stan-

dardmodell. In den neuen Bundesländern, die zu DDR-Zeiten G8 hatten, blieben nur Sachsen und Thüringen dabei, die anderen wechselten ebenfalls auf G9. Nach dem PISA-Schock im Jahr 2000 wurde dann als eine von mehreren diskutierten Maßnahmen in fast allen Bundesländern auf G8 umgestellt. Der Wechsel basierte allerdings weniger auf bildungstheoretischen, sondern auf wirtschaftlichen Überlegungen, konnten doch die ein Jahr früher ins Wirtschaftsleben entlassenen Abiturient*innen ein Jahr länger Steuern und Sozialabgaben zahlen. Auch die Kultusminister konnten sich mittelfristig für einen gymnasialen Jahrgang Lehrkräfte in der Sek I sparen. Der Systemwechsel wurde beim Umstieg auf G8 unterschiedlich vollzogen. Da keine Bildungsinhalte wegfallen sollten und auch die

Gesamtzahl der besuchten Unterrichtsstunden beibehalten werden sollte, erhöhte sich die durchschnittliche Wochenstundenzahl der Gymnasiast*innen von 30 auf 34, was regelmäßigen Nachmittagsunterricht bedeutete. Wollte man jüngeren Jahrgängen zu dichte Stundenpläne ersparen, so musste man im Gegenzug höheren Jahrgängen noch mehr Stunden aufdrücken. Die Folge war ein höherer Leistungs- und damit auch Selektionsdruck. Hobbies am Nachmittag lassen sich unter solchen Bedingungen nur noch durch strikte Zeitplanung ermöglichen. Die Jugendlichen erleben bereits in jungen Jahren einen starken »Freizeitstress«.

Unerfüllte Hoffnungen

Sollten mit der Reform Hoffnungen auf höhere Leistungen der Schülerinnen und Schüler verbunden gewesen sein, so wurden diese nicht erfüllt. Die Rückmeldungen aus den Universitäten zeigen, dass zumindest die fachlichen Kompetenzen der Abiturient*innen eher abgenommen haben. Natürlich fehlt den Studienanfänger*innen heute ein Jahr nicht nur an Lernzeit, sondern auch an Lebenserfahrung.

Die Umstellung auf G8 ging nicht ohne Probleme einher. So mussten die Curricula zeitlich gestrafft werden, in aller Regel nicht um den Faktor 9/8, sondern – um die Jahrgänge 5 und 6 sowie die Oberstufe nicht zu ändern – um den Faktor 4/3. Nicht vergessen werden sollte, dass dieses verschärfte Lernen, das den Fokus komplett auf Stoffvermittlung statt auf Entwicklung kritischer Haltungen setzt, auch noch in Klassen mit 30 Schülerinnen und Schülern in der Sek I und 25-28 Schülerinnen und Schülern in Kursen der Sek II durchgeprügelt werden muss (oftmals werden diese Zahlen noch überschritten). Dabei müssen aber insbesondere die Gymnasialen Oberstufen in Bremen auf Schülerinnen und Schüler eingestellt sein, welche die Sek I in entweder fünf oder sechs Jahren durchlaufen haben, je nachdem, ob sie diese an einem Gymnasium oder einer Oberschule verbracht haben. Herausgekommen ist eine Einführungsphase, die in seltsamer Zwitterform gleichzeitig Teil der Sek I als

auch der Sek II ist, was teilweise wiederum auf Kosten der vermittelten Inhalte geht. Im Fach Physik merkt man das beispielsweise am Thema Radioaktivität (ein gesellschaftlich relevantes Thema, haben alle es behandelt oder muss ich es in der E-Phase für manche noch ein zweites Mal durchführen?), in Mathematik z. B. bei den Exponentialfunktionen (werden manchmal nur noch minimal behandelt, obwohl sie in anderen Fächern benötigt werden).

Rückkehr zu G9?

Aus fachlicher bzw. didaktischer Sicht gäbe es also gute Gründe, wieder zu G9 zurückzukehren. Die Sicht darauf fällt je nach Standpunkt und Interessenlage allerdings unterschiedlich aus, auch innerhalb der GEW. Ein Antrag des AK Gymnasiale Oberstufe beim Gewerkschaftstag, welcher auf die Abschaffung von G8 zielte, wurde nicht angenommen. Dahinter steckt offenbar die Haltung vieler GEW'ler zum Gymnasium selbst: Aus der Überlegung heraus,

dass »Eine Schule für alle« zu bevorzugen sei, folgt im Umkehrschluss, dass die Gymnasien möglichst unattraktiv sein sollten. Eine Rückkehr zu G9 müsse demnach unbedingt verhindert werden. Die Sorge dahinter: In der Wahrnehmung der Eltern würde dann ein gutes Argument für die Oberschulen entfallen.

Eine solche Haltung kann sich die GEW aber nicht leisten, schließlich sollte sie für vernünftige Arbeitsbedingungen aller Lehrkräfte kämpfen. Beschäftigte an Gymnasien und gymnasialen Oberstufen für ihre Schulform zu »bestrafen«, ist unredlich, zumal der Bestand der Gymnasien durch den erst im vorletzten Jahr bis 2028 verlängerten »Schulfrieden« vorerst feststeht. Der Kampf für »Eine Schule für Alle« muss demnach auf politischer Ebene erfolgen – idealerweise unter Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien! Die GEW sollte sich zu einer anderen Haltung in Bezug auf G8 durchringen.



Abiturienten 1963 am Alten Gymnasium. Die Schüler warten auf die Abiturerggebnisse und zum Teil auch auf ihre mündliche Prüfung.

Foto: Rainer Kohlrausch



Abitur 1967 am Kippenberg-Gymnasium in Schwachhausen. Ab 1971 wird dort koedukativ unterrichtet. Das Verhältnis Jungen und Mädchen ist heute ausgeglichen.

Foto: Schulmuseum

Ort der Ertüchtigung

Gymnasiale Bildung oder Einheitsschule?

Von Peter Grothe

■ Im antiken Griechenland war ein Gymnasium ein Ort der geistigen und körperlichen Ertüchtigung für die männliche Jugend. In Deutschland geht die Entwicklung der Gymnasien zurück bis zu den mittelalterlichen Klosterschulen, die nach der Reformation im 16. Jhd. zu Lateinschulen umgestaltet wurden.

1812 wurde mit der Einführung der staatlichen Gymnasialordnung die alte Lateinschule reformiert. Sie unterlag dem Prinzip der allgemeinen Bildung und stand unter besonderer Berücksichtigung klassischer Sprachen und Bildungsgüter. In der Folgezeit entwickelten die Beamten einen verbindlichen Lehrplan, der

1837 erlassen wurde. Die Zugangsbeurteilung zum Hochschulstudium war nun an die gymnasiale Reifeprüfung gebunden und nicht mehr an die Geburt. Die finanziellen Mittel zum Besuch des Gymnasiums konnten allerdings nur vom Besitz- und Bildungsbürgertum sowie dem Adel aufgebracht werden.

Nach der Einführung der allgemeinen Schulpflicht im Jahre 1844 wurde auch in Bremen das Schulwesen mehr und mehr verstaatlicht. Die Zahl der »niederen Privatschulen« sank von 59 im Jahre 1848 auf zwei im Jahre 1889. Die Volksschulen waren eingeteilt in »Freischulen« und »entgeltliche Schulen«. Dieses

zielte darauf ab, den Kindern des finanzkräftigeren Kleinbürgertums eine bessere Schule als denen der mittellosen Arbeiter anzubieten. Beide Schultypen unterschieden sich außer in der Schulgeldfrage lediglich in den Klassenfrequenzen. Ansonsten unterrichteten einheitlich besoldete Lehrer nach dem gleichen Lehrplan. Das sprunghafte Anwachsen der Arbeiterschaft führte dazu, dass die Anzahl der Freischulen wesentlich schneller anstieg als die der entgeltlichen Schulen. 1901 gab es 14 entgeltliche und neun Freischulen, 1907 16 entgeltliche und 19 Freischulen.

Ständisches Schulwesen

Die Schulpolitik des Senats in dieser Zeit zielte darauf ab, die Effizienz des Schulwesens zu steigern. Es musste den sich rasch wandelnden ökonomischen Bedingungen angepasst werden. Dabei wurde der Grundsatz verfolgt, die finanziellen

Aufwendungen für das Schulwesen möglichst niedrig zu halten. Die ständische Gliederung war für das herrschende Schulwesen charakteristisch.

Nebeneinander bestanden drei in sich abgeschlossene Schulsysteme: für Knaben des gehobenen Bürger­tums der Weg über die privaten Vor­schulen auf die verschiedenen realen und gymnasialen Schultypen; für die Mädchen der gleichen Schicht die höheren Mädchenschulen vom 1. bis zum 10. Schuljahr; für die Kinder des Kleinbürgertums und der Arbeiter­schaft die entgeltliche und unentgeltliche Volksschule mit acht Jahrgän­gen.

Die schulischen Aufstiegsmöglich­keiten der Volksschüler waren ziem­lich gering. Ein Indiz dafür ist der verschwindend geringe Prozentsatz von 0,5% Anteil Volksschüler an höheren Schulen im Jahre 1907. Der Klassencharakter dieses Schulwesens lässt sich auch an den finanziellen

entwicklung dienen soll. Er entwarf ein Konzept der »kreativen sozialis­tisch-humanistischen« Einheits­schule. Seine Kritik am gegliederten Schulsystem begründet er damit, dass es soziale Ungleichheiten zementieren würde, indem für jede soziale Schicht ein eigener Schultyp geschaffen wird. Er fordert sogar die Aufteilung in allgemeinbildende und berufsbildende Schulen aufzuheben. In der Einheitsschule sollen die Schüler in allen zehn Jahrgangsstufen miteinander verbunden bleiben und kollektiv lernen.²

Schulkonkurrenz in Bremen

Ähnliche Ansätze gab es auch in Deutschland, sie konnten sich in Bremen jedoch nicht durchsetzen. Eine unter der Leitung von Prof. Wolfgang Klafki eingesetzte Schulre­form-Kommission kommt 1993 zu dem Schluss, dass »kein begründeter Anlass« bestehe, »eine prinzipielle Revision des Schulaufbaus nämlich des Stufenprinzips zu empfehlen«. 1992 beschließt der Bremer Senat

Schule	Ausbildungs-kosten / Schüler	Klassen-frequenzen	Verhältnis Lehrer/Schüler
Gymnasium	467,40 Mark	23,5	16,9
Realschule	205,87 Mark	28,2	20,7
Volksschule	52,72 Mark	48,6	42,5

Aufwendungen des Senates für die einzelnen Schultypen ablesen¹:

Durch die Novemberrevolution 1918 bestand die Möglichkeit einer Umgestaltung des Schulsystems. Es entstand die Idee der Einheitsschule, einer klassenlosen, öffentlichen, kostenfreien, weltlichen, koedukativen Schule mit einheitlichen Lehrplänen. In der Weimarer Verfassung blieb von dieser Idee allerdings nicht mehr viel übrig.

Reformansätze

Antonio Gramsci (1891 – 1937), 1921 Mitgründer der Kommunistischen Partei Italiens (PCdI), entwickelte ein Schulkonzept, basierend auf einem humanistischen Ansatz, wonach eine allgemeine Bildung einer den gesellschaftlichen Realitäten entsprechenden Persönlichkeits-

bereits den Erhalt der zwei noch bestehenden, durchgängigen Gymnasien und den Aufbau von zwei weiteren. Der Bremer Senat geht noch weiter. In der Novellierung des Schulgesetzes 1994 wird der §3, der zur Integration des Schulsystems verpflichtete, gestrichen. Mit dem »Ortsgesetz über die Schulstandortzuweisung und Schulstandortwahl«, das die Schulbezirke nach der Grundschule aufhob, werden bis heute alle weiterführenden Schulen einschließlich der restaurierten Gymnasien in eine gnadenlose Konkurrenz um Schüleranzahlzahlen getetzt, die einer sozialen und leistungsmäßigen Entmischung massiv Vorschub leistet.³

Wie ist die Situation heute?

Seit 2010 gibt es in Bremen ein zwei­gliedriges Bildungssystem, bestehend aus dem Gymnasium und der Ober-

schule, die sich aus der Umwandlung von Sekundar- und Gesamtschulen gebildet haben.

Mittlerweile ist Konsens, dass der Bildungserfolg eng mit der sozialen Herkunft verknüpft ist. Parallel dazu hat sich die Zahl der Abiturienten seit 1950 nahezu verzehnfacht. Damit einher geht ein dramatischer Verlust von Bildungs- und Unter­richtsqualität und eine Inflation von Noten und Schulabschlüssen.

Aus Angst vor schlechteren Bil­dungschancen steigen die Schulan­wahlzahlen der Gymnasien kontinu­ierlich. Oberschulen ohne eigene Oberstufe verkommen zunehmend zu Restschulen. Der Bildungshaus­halt ist seit Jahrzehnten chronisch unterfinanziert. Die Arbeitsbelas­tung aller an Schulen Beschäftigten ist auf ein unerträgliches Maß gestie­gen. Die Schulgebäude sind weitest­gehend in einem desolaten Zustand.

Es ist Zeit zu handeln!

Das deutsche Schulsystem mit seiner frühen Aufteilung steht im internati­onalen Vergleich völlig isoliert dar. Auch das Zwei-Säulen-Modell über­windet die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht, es reproduziert sie. Unter Bildungsforschern wird die »Schule für Alle« als besseres System anerkannt, aber derzeit als politisch nicht durchsetzbar einge­schätzt. Also beschränkt man sich auf kleinere Reparaturen des Sys­tems.⁴

Vor diesem Hintergrund und der Umsetzung der Inklusion in allen Schulformen kann die einzigmög­liche Konsequenz nur eine grundle­gende Umgestaltung des deutschen Schulsystems hin zu einer demokratischen Gemeinschaftsschule, einer Schule für Alle, einer Einheitsschule sein, die eine Chancengleichheit her­stellt und sich an humanistischen Bil­dungsidealen und nicht an wirt­schaftlichen Interessen orientiert.

Voraussetzungen dafür sind die Abschaffung der Gymnasien, die Aufhebung der freien Schulwahl (Schulen als Spiegel ihres Stadtteils) und eine bedarfsgerechte Ressour­cerverteilung der Bildungsausgaben.

1 vgl. Dirk Hagener: Radikale Schulreform zwischen Programmatik und Realität, S. 15 ff.

2 vgl. Wikipedia »Einheitsschule«

3 vgl. Jürgen Burger: Vom Lehrerverein zur Bildungsgewerkschaft 1826-2016

4 vgl. Jürgen Burger: Die soziale Spaltung wird reproduziert, 2018



Abitur 1971 am Gymnasium an der Parsevalstraße in Bremen-Sebaldsbrück. Die Schule wurde 1959 durch Umzug des bisherigen Gymnasiums an der Dechanatstraße begründet. Foto: Schulmuseum

Abbrüche – positive Facetten einer Defizitkultur

Ist es der Mangel an individueller Reife oder doch die Kraft der persönlichen Entscheidung?

Von Swantje Hüsken

■ Der Abbruch

Laut Duden ein maskulines Substantiv, dessen Bedeutung in erster Linie der Baubranche auf Grund seiner baulich-vernichtenden Bedeutung zugeordnet werden kann. In der Redewendung steht der Abbruch für das Beendigen einer Beziehung oder das Erleiden einer Beeinträchtigung. Er ist demzufolge häufig unerwartet (insbesondere für die Außenwelt). Grundsätzlich gelten Abbrüche als negative Erfahrungen und stören erheblich die Biografie betroffener junger Menschen. Sie werden im sozialen Kontext als problematische Ereignisse gesehen, als Krisen, denen erheblicher Misserfolg zugeschrieben wird und wonach sich junge Menschen dauerhaft aus dem (beruf-

lichen) Bildungssystem zurückziehen. Gründe für Abbrüche von (Aus-)Bildungs- und Studiengängen sind bei genauerer Betrachtung immer vielfältig. In der öffentlichen Diskussion werden als zentrale Gründe vor allem individuelle Probleme und Defizite der jungen Menschen genannt. Der Begriff der Ausbildungs- und Studierreife steht damit plötzlich und dauerhaft im Mittelpunkt.

Auf dem Weg zum Studium

In der Regel führt der Besuch der gymnasialen Oberstufe mit dem erfolgreichen Abschluss des Abiturs unmittelbar in ein Studium. Schülerinnen und Schüler im Land Bremen erwerben ihr Abitur zu 56% an einer

gymnasialen Oberstufe bzw. einem Schulzentrum im Sek II-Bereich und zu 44 % an einem Gymnasium. Insgesamt erreichen junge Menschen stetig höhere, allgemeinbildende Schulabschlüsse und vier von zehn Schulentlassenen erwerben die Hochschulzugangsberechtigung. Diese Entwicklung entspricht auch den Erwartungen der Arbeitgeber und der stetigen Akademisierung des gesamten Arbeitsmarktes. Das Interesse an einem (Dualen) Studium lässt sich an der Studienanfängerquote (Summe der Anfänger/innen im Vergleich zu gleichaltrigen Geburtsjahrgängen insgesamt) ablesen, die seit 2010 jährlich bei über 55% liegt. Gemessen an den individuellen Plänen, bspw. den Studienbeginn auf einen späteren Zeitraum zu verzögern, erachten sogar mehr als 70% eines Abiturjahrgangs den Weg an eine Hochschule für den ersten Plan, um einen Berufsabschluss mittels Studiums zu erwerben. Gemessen an den 8,8% der Abiturientinnen und Abiturienten, die 2009/2010 direkt nach dem Abitur in Bremen eine Berufsausbildung begonnen, ist der

Erwerb des höchsten, allgemeinbildenden Schulabschlusses mit der Aufnahme eines Studiums weiterhin eng verknüpft.

Wie steht es um diejenigen, die die Oberstufe vorzeitig abbrechen?^{*} Nicht um alle muss man sich Sorgen machen, denn sie verfügen über einen Schulabschluss (anders als Schulabbrecher/innen im Sek I-Bereich), der für die Aufnahme einer dualen oder vollzeitschulischen Ausbildung berechtigt. Damit erfüllen sie ihre bestehende Schulpflicht – auch, wenn sie ihren Weg im berufsbildenden, schulischen Übergangssystem fortsetzen. Allerdings gestaltet sich dieser Übergang häufig nicht von allein. Denn wer sich auf der Zielgeraden unsicher über deren erfolgreichen Abschluss ist, stellt sich nebenbei auch die Frage nach der persönlichen Eignung und sucht nach den vermeintlich letzten Potenzialen. Für diesen Prozess gibt es Unterstützung. Ein derzeit an den Gymnasialen Oberstufen und Beruflichen Gymnasien verankertes Projekt (BO-GyO) zur Weiterentwicklung der Beruflichen Orientierung soll die Berufswahlkompetenzen junger Menschen erfassen und (schulische) Maßnahmen untersuchen. Ziel ist es, junge Menschen mittels einer früh eingesetzten Potenzialanalyse hinsichtlich ihres Studierwunsches und der fachlichen Eignung für diese Interessen zu überprüfen. Immer unter dem Aspekt, dass es gelingen kann (oder auch muss), Schülerinnen und Schüler rechtzeitig auf Alternativen der individuellen, akademischen Bildungswegeplanung, bspw. die einer dualen Ausbildungsmöglichkeit, zuweisen zu können. Ein Abbruch der schulischen Laufbahn ist damit die positive Folge einer Umorientierung oder auch Umberatung.

^{*}Anmerkung der Redaktion: die Daten zur Schulabbrecherquote (Schulabbruch ohne Schulabschluss) für das Land Bremen schwanken je nach statistischer Quelle zwischen 4,8% und 6,8% (zurückzuführen auf nicht vorhandene, öffentliche Berechnungsgrundlagen). Eine eigene Abbruchquote für die Einführungs- und Qualifikationsphasen

wird zudem nicht ausgewiesen. Die Wiederholerquote an Gymnasialen Oberstufen liegt bei 4,2% (im Vergleich zum Bundesdurchschnitt: 2,8%). Allerdings wird durch die Erfahrungen der an Schule Tätigen deutlich, dass der Bedarf an Beratung zur Beruflichen Orientierung und beruflichen Anschlussperspektive zugenommen hat.

Ausbildung vs. Studium

Die Vor- und Nachteile des jeweiligen Berufseinstiegs liegen nicht immer auf der Hand, und das Erkunden dieser wird häufig von jungen Menschen erst als Arbeitsauftrag an sich selbst verstanden, wenn der Schulabschluss vor der Tür steht. Der Zeitraum bis dahin ist gespickt mit vielfältigen praktischen, beruflichen Erfahrungen. Und dennoch hängt die Entscheidung von weiteren Faktoren ab, wie bspw. von den Intentionen des Elternhauses und des sozialen Umfeldes. Im Zuge eines branchenübergreifenden Fachkräftemangels, der sich bereits jetzt als Kräfte-Mangel auszeichnet, gewinnt eine duale Ausbildung (wieder) an Wertigkeit – auch wenn das Image nach wie vor bei jungen Menschen leidet. Vielleicht auch deswegen, weil bei über 300 Ausbildungsberufen die Wahl automatisch schwerfallen kann. Was spricht für eine Ausbildung? Der direkte Berufseinstieg, die Ausbildungsvergütung, die beruflichen Anschluss- sowie Qualifikationsmöglichkeiten. Was spricht für ein Studium? Die Befähigung zum wissenschaftlichen Arbeiten, die perspektivisch besseren Verdienstmöglichkeiten, die Möglichkeiten für Auslandserfahrungen und der größere Freiraum zur Vorbereitung auf die Karriere. Bei bundesweit über 8.700 grundständigen Studiengängen ist auch hier die Wahl auf Anhieb hinsichtlich des persönlich angestrebten Berufsabschlusses nicht immer leicht.

Studienabbruch und das Leben danach

Die Anzahl der Studierenden an den Hochschulen im Land Bremen lag im Wintersemester 2018/2019 bei ca. 35.500 – eine Zahl, die seit Jahren angestiegen ist. Die Erfolgsquote (Abschluss des gewählten Studiums)

liegt in einigen Studiengängen, insbesondere bei denen mit einem hohen Praxisbezug, bei nahezu 100%, in anderen gibt es nachweislich eine Abbruchquote von 30% (Studienwechsler/innen werden hier nicht erfasst). Besonders in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern übersteigt diese Quote gerade zu Beginn die 50%-Marke unter den Studienanfängerinnen und Anfängern. Laut dem Bildungsbericht der Bundesregierung 2016 bricht jede/r vierte/r Studierende das Bachelorstudium ab. Das Hochschul-Informationssystem ermittelt 2017 dagegen sogar, dass jede/r dritte Hochschüler/in das Studium frühzeitig beendet. Rund die Hälfte beginnt in Folge dessen eine Ausbildung und ein weiterer Teil wird (zunächst) erwerbstätig. Welche Ursachen hat ein Abbruch? Die falsche Fächerwahl, das Scheitern an den studienbedingten Prüfungsleistungen, verlagerte Interessen und mitunter die Erkenntnis, dass ein Studium zu einem späteren Zeitpunkt im Leben auch begonnen werden kann. In der Regel führen mehrere Motive zur Abbruchentscheidung und sind das Ergebnis eines mitunter längeren Reflexionsprozesses, bei dem Beratungsstellen unterstützen können. Ein Studienabbruch stellt aber keine nennenswerte Niederlage im individuellen Lebensweg mehr dar. Ganz im Gegenteil: Betriebe und ganze Branchen arbeiten permanent an innovativen Karriereprogrammen, um ihrer Suche nach und dem Mangel an kompetenten und künftigen Führungskräften gerecht zu werden. Die Zielgruppe der ehemaligen Studierenden gerät dabei seit Jahren positiv in den Mittelpunkt. Auch Studienzweifler/innen werden in den verschiedenen Beratungsstellen mit Hinweisen auf eine passgenaue Besetzung in offene Ausbildungsstellen versorgt. Abbrecherinnen und Abbrecher sind betriebliches Zukunftspotenzial. Bei der Überwindung des möglichen Wechselschocks vom freien Studieren in den weisungsorientierten Betrieb helfen inzwischen zahlreiche Projekte an den Hochschulen und die etablierten Beratungsstellen, wie bspw. der Agentur für Arbeit.

Quellen und Beratungsangebote für Studienabbrecher/innen in Bremen sind auf der Homepage zu finden.



Abitur 1989 am Barkhof. Nach einem rund fünfzigjährigem bestehen wurde das Gymnasium im Jahre 1989 aufgelöst. Seit 2012 gibt es wieder die Oberschule Am Barkhof.

Foto: Schulmuseum

Politik der Öffnung hat sich bewährt

Immer mehr studieren mit einem Hochschulzugang ohne Abitur

Von Karsten Krüger

■ Dass berufliche Bildung wertvoll sein und auch allgemeinbildende Schulabschlüsse ersetzen kann – diese Erfahrung durfte der Autor dieser Zeilen im Jahr 1990 machen. Die Tür der Universität öffnete sich, obwohl ich kein Abitur vorweisen konnte. Dafür hatte ich eine Berufsausbildung (Poilzeibeamter) und

fünf Jahre Berufserfahrung (Bereitschaftspolizei, Streifendienst), gefordert waren mindestens drei Jahre. Eine nicht allzu schwierige Prüfung in drei Fächern (Deutsch, Mathematik und BWL) und schon hatte ich die Hochschulzugangsberechtigung ohne allgemeine Hochschulreife.

Höhere Nachfrage

Bereits in der Weimarer Republik konnte man in Deutschland studieren, ohne zuvor ein Abitur erworben zu haben. In der Bundesrepublik wurde diese Möglichkeit des Hochschulzugangs seit den 1970er Jahren weiter ausgebaut. Bis in die 2000er Jahre gelangten nur wenige Studierende auf diesem Weg in die Hochschule. Dies änderte sich nach 2009 mit einem Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte ohne schulische Studienberechtigung. Mit dem Ausbau des sogenannten Dritten Bildungswegs, das heißt der Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte ohne schulische Studienberechtigung, wurde die Durchlässig-

keit zwischen beruflicher und Hochschulbildung erhöht. Ziel war es, weitere hochqualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und einen sozialen Ausgleich unterschiedlicher Chancen des Hochschulzugangs zu erreichen.

Zuletzt hat sich die Zahl von Studierenden ohne allgemeine Hochschulreife in Bremen rasant nach oben entwickelt. Knackte die Studienanfänger(innen)quote im Vorjahr erstmalig die Zwei-Prozent-Marke, so ist der Anteil aktuell mehr als

doppelt so hoch. Die Studierendenquote hat sich sogar verdreifacht. Auch die Entwicklung des Anteils der Hochschulabsolvent(inn)en ohne Abitur weist eine steile Aufwärtsbewegung auf. Einen Trend, den die Zentrale Studienberatung an der Uni Bremen bestätigen kann. »Die Nachfrage hat stark zugenommen«, sagt Leiter Stefan Determann. Er hält die Gleichwertigkeit von beruflicher zu allgemeiner Bildung in diesem Zusammenhang für richtig und gut.

Gute Studienerfolge

Wie in den anderen Bundesländern auch sind Meister- und ähnlich hochwertige Fortbildungsabschlüsse der allgemeinen Hochschulreife gleichgestellt. Studierwillige mit diesen Qualifikationen können ihr Studienfach frei wählen. Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung können einen fachgebundenen Hochschulzugang erhalten, sofern sie eine Eignungsprüfung bestehen. Unter besonderen Umständen ist auch ein Probestudium oder die Zulassung mit »Kleiner Matrikel« zulässig.

Beschämende Abiturquoten im Bremer Westen

Wie kann das sein? Ein Beispiel

Von Wilfried Meyer

■ Im Quartier Ohlenhof in Gröpelingen liegen die Abiturzahlen zwischen unter 20 Prozent und knapp über 20 Prozent. In der Bildungsberichterstattung der Senatorin von Anfang 2018 heißt es: »In Ortsteilen mit hohen Indexwerten zur sozialen Benachteiligung fallen die Abschlussquoten höherwertiger Abschlüsse niedriger aus als in Ortsteilen mit geringer sozialer Benachteiligung« (Bildungsberichterstattung 11-17 Senat/Heft 1 2018).

Und: »Im Vergleich gilt diese Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg für die BRD besonders hoch.« Diese Erkenntnis liegt bei Lehrkräften schon lange vor, weil logisch. Politiker brauchen die statistische Beweisführung nun auch schon seit etlichen Jahren. Selbst Frau Bogedan als »SPD-Linke« warnt schon seit mindestens 2007 vor der Spaltung in arm und reich. Und selbst die dadurch gefährdete Demokratie ist nicht verborgen geblieben.

Bedenken mehrmals ignoriert

Aber gemessen werden sollen sie doch an ihren Taten, und da bietet sich doch der sogenannte Campus Ohlenhof geradezu an. Vollmundig wurde schon 2012 eine Taskforce gegründet. Den Viertklässlern der Grundschule am Halmerweg wurde eine tolle, neue Oberschule versprochen. Einige gutgläubige Eltern meldeten ihre Kinder dort an. Start in einem unrenovierten Teil der Grundschule, deren Schüler weiterhin im Container unterrichtet wurden.

Die Illusion, mit 14 Millionen Euro könnte die Schule in ein bis zwei Jahren dort stehen wurde geschürt. Von wem? Jürgens-Pieper, Othmer, SPD Gröpelingen, Beirat, Schulaufsicht Heinrichs, Kraatz-Röper und Genthe-Welzel, Baufrau Lücking, um die Hauptakteure einmal namentlich zu erwähnen. Bedenken des Grundschulkollegiums und des Personalrats wurden ignoriert. Gebaut wurde nicht, es gab auch noch keinen Bauort. So zog sich in schimmeligen Altgebäuden und engen Containern der Nichtbau in die Länge. Versprochene Leckerli über ca. 7.000 Euro für das GS-Kollegium wegen allerlei Unbill wurden dann doch nicht vergeben, denn eine neue Senatorin übernahm.

Bildungsbenachteiligung geblieben

Dann 2015 die Bürgerschaftswahl, die im Koalitionspapier die Schule gar nicht mehr bauen wollte! Nur der Protest der Betroffenen führte zur Wiederaufnahme der Planungen. Aber vielleicht ohne Mensa und dann doch auf einem Grundstück, welches der Stadt schon gehörte.

Dort musste dann ein EU-Projekt, der Streichelzoo mit Kleintieren weichen, angeblich fand man keinen Tierpfleger. Jetzt läuft das Jahr 2020 und der Bau hat tatsächlich begonnen. Damals Eingeschulte haben nie ein neues Gebäude gesehen, die Oberschule sitzt in Containern auf dem Hof der Grundschule, das Gerede eines Campus hat nie aufgehört, die Akteure sind inzwischen fast alle verschwunden.

Und ob es für eine Mensa reicht, das Geld? Wer weiß? Ob an anderen Stellen in Gröpelingen die soziale Schieflage besser oder genauso ignoriert wurde, kann nicht beurteilt werden. Da sich aber im »sozialen Ranking« der Schulen nichts getan hat in den letzten zehn Jahren, gehen wir davon aus, dass die Bildungsbenachteiligung geblieben ist. Fazit: Jeder Mitarbeiter von Schulen weiß das seit Jahren, die Fakten sind bekannt, es hat sich nichts geändert. Die Hoffnung siecht zuletzt.



GEW-Mitglieder sind streikerprob. t.

Foto: GEW

Wir machen unsere GEW stark – Wir werden 200.000!

Organisationsentwicklung zwischen Mitgliederzahlen, Werbung und Bindung der Kolleg*innen sowie einem unbestreitbaren Generationenwechsel

Von Bernd Winkelmann

■ Die Kenner merken es sofort: Hier wird mit alten Zahlen gearbeitet. Dennoch zeigt der Projekttitle aus dem Jahre 1989, dass sich die GEW schon vor Jahrzehnten mit sich selber als Organisation auseinandersetzen wollte oder musste, impliziert der Titel doch, dass es an Stärke fehlt – ansonsten wäre er sinnlos. Gleichzeitig lenkt die eingebrachte Zahl die Gedanken auf die Quantitäten. Statistiken haben ihren Reiz, auch in der GEW. In dem Wissen, dass »Stärke« auch etwas mit Arbeits- und Umgangsformen innerhalb der Gewerkschaft zu tun hat, mit strukturiertem und effektivem Handeln, Transparenz und aktiver Beteiligung vieler Kolleg*innen (vergl. Faulstich 1991), werfen wir dennoch einen kurzen Blick auf die Mitgliederentwicklung.

Die GEW in ausgewählten Zahlen

Im Vorlauf des oben erwähnten Projektes sank die Mitgliederzahl der GEW bundesweit zwischen 1981 und 1987 von 204.000 auf 188.000 Personen. Das formulierte Ziel, erneut 200.000 Mitglieder haben zu wollen, erledigte sich durch viele neue Mitglieder aus den Gewerkschaften der ehemaligen DDR

zunächst quasi »von selber«. Die GEW war auf ca. 350.000 Menschen angewachsen. Was dann folgte, beschwor die Gefahr einer Erosion herauf. Waren die östlichen und die westlichen Landesverbände im Jahre 1993 in absoluten Zahlen noch nahezu gleich stark bei insgesamt 330.000 Mitgliedern, so beträgt die Mitgliederzahl im Osten heute zwischen 28 und 36% des damaligen Mitgliederbestandes. Westliche Landesverbände konsolidierten sich dagegen deutlich, so dass die GEW derzeit 280.000 Mitglieder aufweist. Auch der Landesverband Bremen ist durch ein Wellental gegangen. Umfasste er 1981 als absolutes Höchststand 5.222 Mitglieder und war um die Jahrtausendwende auf knapp 3.800 abgesackt, so sind wir aktuell wieder zu alter Stärke gelangt (5.213).

Der bundesgewerkschaftliche Rahmen ...

Nach der Formulierung des Selbstverständnisses, die Bildungsgewerkschaft im DGB sein zu wollen, war es schlüssig, 1999 als Ziel der Organisationsentwicklung (OE) die Etablierung der GEW als eben diese Bildungsgewerkschaft anzustreben und

»zukunfts-fähige gewerkschaftliche Strukturen zu schaffen« (GEW 2005a, S. 4). Damit wurde ein Gemeinschaftsprozess von Landesverbänden, dem Bundesvorstand, Fach- und Personengruppen sowie Beschäftigten der GEW angestoßen. Sieht man sich die Schriftstücke aus dieser Zeit (vergl. GEW 2005b, 2009, 2013, 2014) noch einmal durch, so wird deutlich, dass es um nichts weniger als eine echte Zukunftsperspektive für die GEW ging. Die Schwerpunkte dieses Vorhabens veranschaulichten die Komplexität der Aufgabe: Die Beschäftigten in allen Bereichen des Bildungswesens sollten gleichberechtigt vertreten, die Regionen gestärkt, ehrenamtliche Arbeit und aktive Mitgliederbeteiligung befördert und ein Identität stiftendes Leitbild geschaffen werden. Ebenso stand der OE-Prozess nicht für sich allein. Er war eingebettet in verschiedene Konzeptüberlegungen, u.a. zur Bildungs- und Tarifpolitik bzw. zur Bildungsfinanzierung.

... und seine notwendige

Stabilisierung

Dennoch, und das ist wenig überraschend, stand am Ende einer ersten Etappe der OE die Einschätzung, dass diese »noch nicht die gewünschten Veränderungsschübe gebracht« (GEW 2005a, S. 12) habe. Vom Beharrungsvermögen traditionell gewachsener Strukturen war die Rede sowie dem Alltagsgeschäft, welches das so wichtige Nachdenken über die eigene Organisation immer wieder verdränge.

Unübersehbar allerdings zeichnete sich der große Generationenwechsel

ab mit dem befürchteten Verlust organisatorischer Stärke und ehrenamtlicher Funktionsträger*innen. Ebenso galt es, die selbst auferlegte Profilbildung innerhalb des DGB umzusetzen und die außerschulischen Organisationsbereiche tatsächlich intensiver einzubeziehen. Parallel verschlechterte sich für uns das gesellschaftliche Klima in seiner Gesamtheit. Ein neoliberales Staatsverständnis wurde in aller Härte durchgesetzt, gewerkschaftliche Rechte und soziale Standards ausgehöhlt.

Wollte sich die GEW diesen Herausforderungen mit Aussicht auf Erfolg stellen, musste sie sich tatsächlich entwickeln! Die Bundesgewerkschaftstage 2005 und 2009 beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung des Mitgliederbestandes sowie zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der GEW im Umfang von jeweils 2 Millionen Euro aus dem Kampffonds und zusätzlich 0,5% des Beitragsaufkommens, letztere halb vom Bund, halb von den Landesverbänden aufzubringen.

Es wurde ernst! Mitgliederwerbung, -bindung und Generationenwechsel waren die entscheidenden Kategorien, Tarif- und Beamten-, Bildungs- und Professions- sowie Organisationspolitik die verabredeten Handlungsfelder.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels das Vorschreiten in diesem Prozess detailreich nachzuzeichnen. Allerdings beeindruckt schon die Stringenz des Verfahrens über die Jahre, die akkurate Vorbereitung, die genauen Zeitpläne und die umfangreiche Dokumentation von (gelungenen) Beispielen. Anregungen in üppiger Vielfalt sind niedergeschrieben und auch weiterhin nutzbar. Die erfolgreiche Praxis ereignete sich mithin insbesondere in den Landesverbänden. Diese waren von Anfang an aufgefordert, gemäß ihrer konkreten Bedingungen und Ziele zu handeln. Ausdrücklich angeregt wurden kooperative Vorgehensweisen zwischen Landesverbänden bzw. diesen und dem HV.

Im Norden Nummer 1

lautete der bescheidene Titel des gemeinsamen Projektantrages der Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen in der



GEW-Mitglieder sind Stammgäste am 1. Mai auf dem Domshof. Foto: GEW

zweiten Bundesphase ab 2009. Der Nachweis, dass Landesverbände erfolgreich zusammenarbeiten können, wurde überzeugend erbracht und durch den Nordverbund bei der gewerkschaftlichen Bildung bestärkt. Diese Kooperation sahen wir als wertvolles gemeinsames Anliegen und Bestandteil des Gelingens an. Sie begann bei der Ideenabstimmung hinsichtlich einer übergreifenden thematischen Klammer unter Beachtung landesspezifischer Anforderungen und endete im Erfahrungsaustausch, um zu einer aus mehreren Blickwinkeln geprüften Auswertung zu kommen. Die fünf Schwerpunkte:

- »von frühester Jugend« (Studierende, Referendar*innen, junge Erzieher*innen);
- »... bis ins hohe Alter« (Kolleg*innen mit großer politischer Erfahrung);
- »Aktiv im Betrieb« (Vertrauensleute und Betriebsgruppen);
- »... und in der GEW« (Generationenwechsel bei den Funktionär*innen);
- »... sichtbar, erreichbar und attraktiv« (neue Medien)

zeigen die Ausrichtung unserer gemeinsamen Bemühungen, die Organisation quantitativ zu stabilisieren und gleichzeitig neue und junge Leute an die politische Arbeit heranzuführen.

Bremischer Vorlauf

Schon vor dem Beschluss des Bundesgewerkschaftstages 2005 zur Initiierung bundesweiter Mitgliederprojekte hatte die bremische GEW über zwei Jahre in einer regelmäßig arbeitenden Gruppe grundsätzliche Überlegungen hinsichtlich der Mitgliedschaft unseres Landesverbandes angestellt. Ein dort diskutiertes Szenario entwarf einen Zustand der GEW Bremen »in zehn Jahren« – falls sich nichts änderte. Danach würde die GEW dann eine gute gewerkschaftliche Senior*innenarbeit leisten, aber weder Kenntnisse über die Interessenlagen jüngerer Kolleg*innen haben noch über kompetenten politischen Nachwuchs verfügen (vergl. GEW Bremen 2006). Diese auf Veränderung angelegte Initiative nannte sich sinnvollerweise »Wir gestalten den Übergang«, wurde maßgeblich durch den damaligen Landesgeschäftsführer Michael Mork angestoßen und ermöglichte einen durchdachten Start in das Bundesprojekt.

Zunächst gewannen wir im »Projekt Übergang« einige Klarheit über unseren eigenen Landesverband: Mitglieder- und Materialanalysen, die Bestimmung wichtiger Aktionsfelder und die Festlegung eines ersten Zieles, nämlich dauerhaft mehr als 4.000 Mitglieder vertreten zu wollen, waren wichtige Ergebnisse.

Die erste Bundesprojektphase bis 2009 zeigte dann die Notwendigkeit vertiefender Analyse, personeller externer Unterstützung und der Aktualisierung des Materials. In deren Bewertung überwogen die positiven Schlussfolgerungen deutlich: Neben dem Wissen über uns selber und der Durchführung zielgruppenspezifischer Aktivitäten wurde vor allem die gesteigerte Bewusstheit zu Fragen der Mitgliedschaft in der GEW Bremen hervorgehoben. Kritisches bleibt nicht verborgen wie die Nichterfassung außerschulischer Tätigkeitsfelder oder die fehlende Verbindlichkeit bei mancher Verabredung von Schlussfolgerungen aus Datenmaterial und Analysen (vergl. GEW Bremen 2009).

Mehr als fünf Jahre später, nach der zweiten Bundesprojektphase, arbeiteten wir markante Auswirkungen unseres Mitgliederprojektes heraus, beispielsweise die Satzungsänderung zu den überarbeiteten Gremienstrukturen, gezielte Schulungen von Mitgliedern und Funktionsträger*innen, aktualisierte Informationsschriften und weitere spezifischere Untersuchungen zu Mitgliederstruktur und -entwicklung.

Fortgang ohne Bundesmittel

Nach zweimaliger Nutzung erheblicher Mittel aus dem Kampffonds blieben auf Bundesebene stabile Strukturen zur Sicherung von Informationsaustausch und gegenseitiger Beratung. Im Norden wirkte die Regionalliga weiter, allerdings mit modifizierten Themen und wechselndem Erfolg.

Entscheidungen zu den Gegenständen unserer neuen Projekte konnten wir auf der Grundlage unserer Daten allerdings relativ genau treffen und wussten die Bedingungen einzuschätzen. Drei Beispiele:

- Mit dem telefonischen Rückholverfahren »Bleib´ dabei«, das wir aus Nordrhein-Westfalen übernahmen, sollte der steigenden Zahl von Austritten begegnet werden. Nach einigen Durchgängen mit den geschulten ehrenamtlichen Mitgliedern sind wir zu gemischten Verfahren (Brief, Ansprache, Telefonat) zurückgekehrt, u.a. erwies sich der vorgelegte Leitfaden als kompliziert.

- Für den (Wieder-)Aufbau und die Stabilisierung der Betriebsgruppenarbeit sind in der Stadt Bremen zwei Kollegen mit geringfügiger Freistellung unterwegs und vollziehen direkte Basisarbeit (»GEW vor Ort: Pausenfrühstück«). Vom Erstkontakt junger Kolleg*innen mit der GEW bis hin zur Freilegung ehemals vorhandener (betriebsinterner) Strukturen ist alles dabei.
- Ebenfalls durch geringfügige Freistellungen widmete sich ein Kollege zeitlich begrenzt der »Pflege« neuer Mitglieder aus dem SuE-Bereich. Mittlerweile arbeitet diese Fachgruppe in Bremerhaven selbstständig und ist insbesondere in Tarifaueinandersetzungen präsent und kampfbereit.

Jahre später ...

Es war eine vermutlich überlebensnotwendige Idee, dass sich die GEW mit ihrer eigenen Organisation befasste. Wenngleich schon 2007 der damalige Bundesvorsitzende Ulrich Thöne die Sensibilisierung für dieses Thema bei den Funktionär*innen und die verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden als einen großen Gewinn ansah, so bleibt sein Hinweis ebenso richtig, dass eine Verstetigung der Maßnahmen und die Entwicklung einer längerfristigen Perspektive wichtige Voraussetzungen für die Stabilität einer kompakten Bildungsgewerkschaft darstellen (vergl. GEW 2007). Die GEW hat dabei auf Qualität gesetzt, nicht einfach »Organizing«-Kampagnen aufgelegt. So gilt es, den Fortschritt anhand der Kategorien Mitgliederwerbung, -bindung und Generationenwechsel immer wieder zu überprüfen. Im Landesverband Bremen

- gelang nicht nur eine äußerst positive Mitgliederentwicklung (+ 37% seit dem Jahre 2000), sondern auch eine ausgeglichene Altersverteilung zwischen Jung und Alt bei weiterer Dominanz des schulischen Bereichs; Veranstaltungen wie »Dschungel Referendariat« oder Neueinsteiger*innenseminare entfalten Wirkung wie auch Besuche in Referendarseminaren;
- nehmen wir eine deutliche Fluktuation in der Mitgliedschaft wahr (Verweildauer in der GEW, Wech-

sel des Arbeitsplatzes und damit des Landesverbandes, Anstieg des Anteils der Ruheständler*innen). Initiativen wie Betriebsgruppenbesuche oder Stützung neuer Fachgruppen (SuE-Bereich), Strukturen wie Mitglieder- und Betriebsgruppenentsprecher*innenversammlungen oder Urwahlen für Delegierte und ökonomische Erfolge binden die Menschen an uns;

- müssen wir den Generationenwechsel weiterhin als Auftrag sehen: Das Konstrukt der »Jungen GEW« greift zu kurz. Wenn junge Leute Zeit für Politik aufbringen, dann wollen sie (wie die alten) direkt Einfluss nehmen können. Unsere Gremien und Arbeitsweisen stehen vor erneuter Überprüfung. Ebenso hat die GEW auch einen internen gewerkschaftspolitischen Bildungsauftrag (siehe Folge 5 dieser Serie).

Unser OE-Prozess kann nicht abgeschlossen sein. Seit der ersten Initiative des »Projekts Übergang« bewahrheitet sich allerdings, dass es



GEW-Mitglieder mischen sich ein – mit oder ohne Fahne Foto: GEW

eine Gruppe geben muss, die diesen Prozess zusammenhält, eine kontinuierliche Diskussion, eine verbindliche Umsetzung und eine Operationalisierung der Pläne sowie deren Überprüfung gewährleistet. Die Entscheidung liegt selbstverständlich beim Gewerkschaftstag, die Vorarbeit allerdings muss andernorts geschehen. Eine Einbindung in die Gesamtorganisation (»Bildung. Weiter denken!«) wird dabei stützend wirken.

■ Im Januarheft der Bremer Lehrzeitung breitet das Redaktionsmitglied Werner Pfau seine Sichtweise zur Ermordung des iranischen Generals Soleimani und seiner Begleiter durch einen US-amerikanischen Raketenschlag aus. Neben der Denunziation des Bremer Friedensforums gibt Herr Pfau vor, dass ihm die Situation der gemäßigten und oppositionellen Bewegung im Iran wichtig sei. Dazu einige Anmerkungen: Grundsätzlich fällt auf, dass der

werden, da die USA jede Firma, die etwas liefern würde, mit dem Bankrott bedroht. (...) Halten wir fest: Die USA zerstören den funktionierenden Atomvertrag und bei Herrn Pfau finden wir kein Wort zu dieser Ungeheuerlichkeit!

Soleimani war auf dem Weg nach Saudi Arabien

Wenden wir uns der Ermordung des iranischen Generals Soleimani zu. Festzuhalten ist, dass dieser völkerrechtswidrige Mord am Flughafen von Bagdad, also im Irak, stattgefunden hat. Aus Informationen der irakischen Regierung wissen wir, dass der iranische General auf Vermittlung des Irak via Bagdad auf dem Weg nach Saudi Arabien war, um dort über die Entspannung der politischen Beziehungen zwischen Iran und Saudi Arabien zu verhandeln. Die Aussicht auf Entspannung der Beziehungen zwischen Teheran und Riad war den Befehlshabern des Mordes möglicherweise Antrieb für diese Tat. Bei Herrn Pfau finden wir kein Wort zu diesem Versuch des Iran, einen Weg aus der angespannten Lage im Nahen Osten zu finden. Dass dieser Mord außerdem gegen das Gewaltverbot der UN-Charta, Artikel 2 Nr. 4, verstößt, kommt ihm ebenfalls nicht in den Sinn. Niemand hat demnach das Recht Ankläger, Richter und Vollstrecker in einer Person zu sein! (...)

»Kein Krieg gegen Iran.

Verhandeln statt eskalieren!«

Mit diesem Slogan hat das Bremer Friedensforum in Sorge um den Frieden im Nahen Osten in Anbetracht der aufgeheizten Situation nach dem Attentat zu jener Kundgebung aufgerufen, die Herrn Pfau ein Dorn im Auge ist. Ebenso war auf einer picket line zu lesen: »Hände weg vom Iran«. Hintergrund dieser Aussagen ist der Aufmarsch der US-Kriegsmarine (...), Kriegsschiffen mit Raketen und einer Bomberstaffel in Schlagweite zum Iran. Es ist erstaunlich, dass Herr Pfau angesichts des riesigen zerstörerischen Potenzials dieses Aufmarsches nicht selbst auf die Idee kommt, das Streben des Bremer Friedensforums nach Deeskalation zu unterstützen und sich auf dem Marktplatz für

nichtmilitärische Lösungsansätze einzusetzen. Denn eins ist sicher, egal welche Meinungsverschiedenheiten uns unterscheiden mögen: Krieg kann nicht die Lösung sein!

Und – es hätte dem Artikelschreiber auch auffallen müssen, dass der von ihm heftig gescholtene Arzt Dr. Khashayar Bayanifar in seinem Redebeitrag klar für politische Lösungen der Situation wirbt.

Last but not least

Herr Pfau gibt zu erkennen, dass ihm das Schicksal der Opposition im Iran am Herzen liegt. Da dürfte es wohl keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns geben, wenn wir an dieser Stelle festhalten, dass es genau die durch Präsident Trump und seine Hintermänner verursachte Einschränkung des Iran ist, die den politischen Spielraum der Opposition einengt. Auch um dies zu ändern muss schleunigst auf eine Entspannungspolitik im Nahen Osten hingearbeitet werden.

Schlussbemerkung:

Der Artikel von Werner Pfau ist inhaltlich unverschämt und denunziatorisch gegenüber einer befreundeten Organisation, die von der GEW 1983 mitbegründet wurde. Der Artikel ist außerdem pädagogisch und vor allem journalistisch unprofessionell. Wo bleibt das »Audiatur et altera pars« (Man höre immer auch die andere Seite!). Herr Pfau hat bedauerlicherweise eine oberflächliche Web-Recherche dem direkten Gespräch mit Vertreter*innen des Bremer Friedensforums vorgezogen.

Die ungekürzten Fassungen der Texte befinden sich im Internet unter:

<https://www.gew-hb.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/wege-und-abwege-der-friedensbewegung/>

<https://www.gew-hb.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/stellungnahme-bremer-friedensforum/>

»Unverschämt und denunziatorisch«

Stellungnahme von Hartmut Drewes, Mitglied der GEW, Sprecher*innenkreis Bremer Friedensforum zu »Wege und Abwege der Friedensbewegung« von Werner Pfau (BLZ 1/2020)

Autor die Konfrontations- und Eskalationsstrategie der USA im Zusammenhang mit dem Iran hinter nichtssagenden Floskeln kleinredet.

Zerstörung des Atomvertrages durch die USA

Das ist zumindest bemerkenswert, denn es war US-Präsident Trump, der das funktionierende Abkommen zur Verhinderung einer atomaren Bewaffnung des Iran bewusst zerstört hat. Und das, obwohl die Bundesregierung und internationale Kontrollbehörden immer bestätigt haben, dass der Iran buchstabengetreu alle Regelungen umsetzt. Mit der Zerstörung dieses völkerrechtlich verbindlichen Abkommens geht zugleich die Errichtung eines brutalen Sanktionsregimes der USA gegen den Iran einher. Konnte der Iran bisher täglich 2,5 Mio. Barrel Öl verkaufen, sind es jetzt mit großen Mühen etwa 500.000 Barrel. Wichtige Lebensmittel, Babynahrung, Medikamente und Einrichtungen für Krankenhäuser können nicht auf den internationalen Märkten beschafft

»Genau in dieser Tradition«

Leserbrief von Herbert Wehe zu
»Wege und Abwege der Friedensbewegung«
von Werner Pfau (BLZ 1/2020)

■ Befand ich mich auf Abwegen, als ich aus Protest gegen die völkerrechtswidrige Ermordung des iranischen Generals Soleimani und acht weiterer Personen durch einen US-

ein. Doch diese militärische Aktion und das daraus erwachsende Kriegsrisiko kommen beim Kollegen Pfau nicht vor. Sein Problem ist, dass der Deutsch-Irani Dr. Bayanifar in seiner

andere Frage: Die BLZ-Redaktion muss sich etwas gedacht haben, wenn ihr ein solcher Verriss eine Doppelseite wert war. (...) Was also war die Absicht der Redaktion? Gibt die BLZ hier einen Diskussionsprozess in der GEW wieder? Anscheinend nicht, denn im Artikel findet sich kein Hinweis. Eine Diskussion des Themas vorher z.B. in der AG Internationales (Sprecher: Werner Pfau) hätte gewerkschaftlichen Gepflogenheiten entsprochen, zumal GEW und Friedensforum in der Vergangenheit oft kooperiert haben... Oder möchte die BLZ das Thema Frieden anstoßen, etwas in Bewegung setzen? Das würde ich persönlich sehr begrüßen.

(...) Bis August läuft das größte US-Manöver Defender 2020 seit 25 Jahren. Dagegen macht das Friedensforum schon wieder einseitige Aktionen und wird in den kommenden Wochen weitere starten. Den Rüstungshaushalt möchte die Bundesregierung bis 2024 von knapp 50 Mrd. auf über 80 Mrd. Euro erhöhen. Wofür frage ich. Und eine Bildungsgewerkschaft kann sich ausrechnen, dass dann die Staatsknete nicht mehr reicht für Verbesserungen z.B. auch an Schulen und Universitäten. (...) Ein umfangliches Arbeitsfeld gerade für eine Bildungsgewerkschaft. In den Fragen Faschismus und Aufrüstung hat Carl von Ossietzky in seiner Weltbühne vor 1933 klar Position ergriffen mit guten Argumenten und scharfen Worten. Und ich sehe das Friedensforum genau in dieser Tradition.

Die ungekürzte Fassung des Textes befindet sich im Internet unter:
<https://www.gew-hb.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/erwiderung/>



Stein des Anstoßes: General Soleimani

Foto: Wikicommons

amerikanischen Raketenangriff am 9. Januar an einer Kundgebung teilnahm? Das jedenfalls legt mir der Kollege Pfau in der BLZ 1/2020 nahe. Das Bremer Friedensforum hatte unter dem Motto: »Kein Krieg gegen den Iran – verhandeln statt eskalieren« aufgerufen. Die Situation dort war hochexplosiv. Joe Biden brachte es auf den Punkt: Trump habe »eine Stange Dynamit in ein Pulverfass geworfen«. Die TeilnehmerInnen setzten sich öffentlich gegen diese Militäraktion und für Deeskalation

Rede für iranische Unterstützung Syriens Verständnis zeigte. Anlässlich von Gegenmaßnahmen der iranischen Regierung fordert Bayanifar: »Auf jeden Fall darf die Gewaltspirale nicht fortgesetzt werden!« Das hat Kollege Pfau wohl übersehen. Ich empfehle jeden Interessierten, die drei Redebeiträge von Volkert Ohm, Dr. Bayanifar und Walter Rufler von der Webseite des Friedensforums herunterzuladen, um sich ein eigenes Bild machen zu können. Mich bewegt aber noch eine

Friedensgesänge für einen Kriegsherren

Eine Antwort auf die Stellungnahme
des Bremer Friedensforums

Von Werner Pfau

■ Zur Annäherung ans Problem ein Gedankenexperiment: Stellen wir uns vor, auf einer Friedensdemonstration würden Augusto Pinochet, der saudische Prinz Salman oder CIA-Chef Pompeo positiv gewürdigt; sofort wäre lautstarker Protest aus dem Publikum zu vernehmen und wohl auch aus dem Kreis der übrigen Akteure auf dem Podium. Zurück in die Realität: Als im Januar

diesen Jahres auf jener Kundgebung des Bremer Friedensforums ein bizarres Loblied auf den durch amerikanisches Militär getöteten Terrorgeneral Soleimani angestimmt wurde, gab es artigen Applaus. Er repräsentierte bis zu seinem Tode die iranische Revolutionsgarde, die sich in den letzten Monaten an der blutigen Niederschlagung von Protesten im Iran und Irak beteiligt hatte, ein erklärter Hardliner des Mullah-Regimes, der das Schlachtfeld als sein eigenes ›Paradies‹ bezeichnete – dieser Mann und mit ihm die angeblich ›defensive‹ Regionalpolitik Irans wurden gefeiert. Wie konnte es zu einer solchen Beleidigung seiner Opfer, zu einer derartigen Obszönität kommen?

Vertane Chance zur Selbstkritik

Mit meiner Kritik daran in der letzten blz-Ausgabe verband sich ein naiver Hoffnungsschimmer; ich schrieb, eine Distanzierung des Forums von seinem Redner sei ›bislang‹ noch nicht erfolgt. Verschiedene Personen taten sich auf dem Podium mit Redebeiträgen hervor, ohne Anstoß daran zu nehmen, dass im Zeichen der Friedenspolitik einem zynischen Kriegsherren gehuldigt wurde. Ihre Namen verschwieg ich friedfertig. So blieb den Betroffenen noch Raum für einen Hauch von Selbstkritik oder zumindest Zeichen von Dialogbereitschaft; die bedenklichen Äußerungen mochten ihnen eventuell entgangen sein. Die Antwort von Drewes entlarvt meine Naivität: Das Friedensforum identifiziert sich mit der Rede, die auch immer noch auf der Website abzurufen ist. Bedauerlich, denn Kritik an der Außenpolitik Trumps impliziert ja nicht automatisch die Glorifizierung anderer Mächte, wie des Irans.

Kritik am Friedensforum – ›unverschämte und denunziatorische‹

Auf meine Kritik wird nur am Rande eingegangen, stattdessen das altbekannte Arsenal politischer Rabulistik aufgeföhren. Nach dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung. Auf ›oberflächliche Internet-Recherche‹ soll ich mich verlassen haben. Dabei habe ich aus den vom Bremer Friedensforum selbst veröffentlichten Materialien zitiert, im Fall der

kritisierten Rede aus dem vollständigen, ungekürzten Manuskript. Oder ist meine geraffte Darstellung von Soleimanis blutiger ›Lebensleistung‹ unzutreffend? Laut Hartmut Drewes geht es dem Iran um ›Entspannung im Nahen Osten‹, Soleimani war eine Art von Friedensdiplomate, und wenn in Syrien durch Soleimanis Milizen ›tausende Menschen eingekesselt, ausgehungert und ermordet‹ wurden (Andrea Backhaus in der ZEIT), dann kam man offenbar mit jeder Leiche dem Frieden näher. Der im Windschatten des Atomabkommens betriebene Aufbau schiitischer paramilitärischer Einheiten, die in verschiedensten Ländern mitmischen, war vermutlich eine friedenspädagogische Maßnahme. Die Unterstützung von Hamas und Hizbollah, ihre Ausstattung mit Kriegsgewehr dient in der Märchenwelt des Friedensforums wohl der Deeskalation.

Eine ›anerkannte Persönlichkeit‹

Ghassem Soleimani war als Chef der Al-Quds-Brigade Drahtzieher von Gewaltaktionen, Waffenlieferant, kriegsbegeisterter Überzeugungstäter – alles Tätigkeiten, von denen man naiverweise annehmen könnte, sie würden in pazifistischen Kreisen ein gewisses Mißfallen erregen. Nicht so beim Friedensforum, wo man den Paramilitär für eine ›national und international anerkannte Persönlichkeit‹ hält und ihm attestiert, er sei wegen seines positiv konnotierten ›Widerstandes‹ gegen die USA liquidiert worden. Anerkannt? Das sehen iranische Oppositionelle etwas anders: ›Soleimani war verantwortlich für Krieg und Terrorismus in der Region‹, sagt Mariam Rajavi vom Nationalen Iranischen Widerstandsrat. Für Kazem Moussavi, den Sprecher der Grünen Partei Irans, hat der General ›Hunderttausende Menschen im Nahen Osten ermordet‹. Ein Ingenieur aus Teheran bezeichnet Soleimani in der ZEIT als ›Auftragkiller‹. Eine arbeiterkommunistische Gruppe nennt ihn ›einen der bösartigsten Terroristen des Regimes‹.

(...)

Selektive Wahrnehmung

Die Verbohrtheit des Bremer Friedensforums ist Symptom eines grundlegenden Problems, welches über den konkreten Anlass hinausgeht und die Geschichte der westdeutschen Linken in einem allgemeineren Sinn betrifft: Es geht um die instrumentalistische Behandlung von, und damit den mangelnden Respekt vor Menschen- und Völkerrecht. In diesen Kontext gehört auch die Klage, statt über Soleimani hätte ich lieber über den Völkerrechtsbruch der USA schreiben sollen. Ich habe in der Vergangenheit in dieser Zeitung nicht an der Kritik amerikanischer Politik gespart. Aber entschuldigt die imperiale Machtentfaltung der USA alle Taten ihrer Gegner? Warum redet das Friedensforum so gut wie nie über Assads Bombardements oder Putins Waffenlieferungen?

Der Umgang der israelischen Armee mit jugendlichen Palästinensern wird sehr häufig thematisiert. Im September 2019 wurden hunderte Protestierende durch iranische Milizen erschossen, darunter, laut amnesty, 23 Kinder. Warum hört man davon vergleichsweise wenig? Anstatt kritische Distanz zu allen beteiligten Staaten zu wahren, kürt man potentielle Verbündete, deren Gewaltorgien als bloße Verteidigungsmaßnahmen gerechtfertigt, als Feindpropaganda geleugnet oder anderweitig kleingeredet werden. Das hat einen gewissen Anstrich von Lächerlichkeit, ist es doch die zeitgemäße Karikatur früherer antiimperialistischer Solidarität – war es damals die Sowjetunion, so sind heute Russland oder der Iran vom Weltgeist bzw. dem historischen Materialismus berufen, den Kräften des Fortschritts zu dienen. Wer Menschenrechte solchen herbei phantasierten Bündnisloyalitäten unterordnet, liefert sich dem Verdacht aus, dass es ihm weder um Humanität noch um Frieden geht.

Die ungekürzte Fassung des Textes befindet sich im Internet unter:

<https://www.gew-hb.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/friedensgesaenge-fuer-einen-kriegsherren/>

»Emotionen unter Kontrolle bringen«

Leserbrief von Klaus Richter zur Frischluft (BLZ 1/2020)

■ Vermutlich sollte der »Freiluft«-Beitrag von Wilfried Meyer (Seite 34) witzig und satirisch gemeint sein. Ob gelungen oder nicht, da kann man gewiss geteilter Meinung sein. Einig sollten wir uns als GewerkschafterInnen aber doch hoffentlich sein, dass grundsätzlich und heute mehr denn je sich verbale Kraftakte im Stile von AFD-Sprech bzw. dem hassaffinen Jargon der neuen Rechten wie »Planungsgesindel« und »Spinnern« in Bezug auf den »politischen« Gegner bzw. »die da oben« in Politik und Verwaltung (gleich ob Planer, Senatoren, Staatsräte, Schulaufsichten, »Beiratsfürsten« etc.) verbieten. Beim nächsten Mal also bitte erst die Emotionen unter Kontrolle bringen, dann nachdenken, dann erst schreiben, drucken und publizieren. Und noch eines: Othmer hin, Othmer her (vielleicht war er ja auch nur nicht schlechter als andere; kann ich nicht beurteilen), vor allem aber

sollte doch immer noch ein wenig zumindest die weise Rede der alten Römer in Bezug auf die Toten gelten: »De mortuis...«.

Mit ebenso freundlichen wie kollegialen Grüßen Klaus Richter

Antwort von Wilfried Meyer:

Lieber Kollege Klaus, du hast recht, es ist kaum noch Satire und es gibt auch wenig zu lachen. Die Realität hat dort den Ohlenhof-Campus-Witz schon überholt. Und da du die Entwicklung dort wohl eher aus der Ferne kennst, kannst du vielleicht auch so überlegt, vorher nachdenkend und emotionslos schreiben.

Das gelingt mir beim Satireversuch selten und behindert mich auch. Da nehme ich manchmal lieber das Motto »Warum sachlich, wenn es auch persönlich geht?« Bei den Begriffen habe ich mich ziemlich eng an Duden und Co gehalten: Gesinde/

Gesinde: Im beschriebenen Fall sind es in der Tat meistens zugereiste Heruntreiber, politisch heruntergekommen wie dort SPD und Grüne und in ihren Taten asozial, weil sie Kinder, Eltern und SchülerInnen benachteiligen. Spinner sind die, die Geschichten spinnen, auch Lügen und betrügen wie eigentlich alle an Gründung und »Planung« des Ohlenhof beteiligten, von Schulleitung an abwärts.

Für mich also nicht »die da oben«, keine Elite, sondern ernannte »Entscheidungsträger«. Ja selbst der »Beiratsfürst«, der mir gegenüber die adelige Zugbrücke herunterließ, um mich bei Sitzungen nicht dabei haben zu müssen. Gern nenne ich bei Bedarf die Namen. Und weil die Nazi-Höcke-Partei Begriffe in national-sozialer Hetze verwendet, dürfen diese nicht dann allgemein zum Tabu werden. Und dein Latein zitat würde gerade in dem Zusammenhang der Taten der »Vogelschiss«-Partei absurd, denn über viele tote Nazi-Täter sollte schon auch im nach hinein ein gerechtes Urteil möglich sein. (Bitte beachte auch den Artikel »Abiturzahlen im Westen beschämend«)

Was soll das?

Leserbrief von Rüdiger Eckert zur Titelseite (BLZ 1/2020)

■ Huch?! Ist das die BLZ? Wo ist das grau? Oder das blässliche Grau mit einer Winzigkeit Blau? Oder – noch verwegener – Grau mit ein wenig – Achtung! – Rot? Und kein rätselhaftes Titelbild mit der Botschaft: Du weißt nicht, was soll es bedeuten?

Stattdessen einfach ein Bild von aktiven – auch noch lachenden – Menschen und das ist allen Farben. Und eine Titelzeile, die man sofort mit dem Bild in Verbindung bringt ...

Was soll das? Darf ich in Zukunft nicht mehr rätseln? Und mich nicht mehr an den unterschiedlichen, lebendigen Grautönen erfreuen? Oder war diese Ausgabe nur ein Ausrutscher?

Wenn jetzt auch noch im Namen »Bremer Lehrer Zeitung« herumgedoktert wird, mit dem Ziel, klarzumachen, dass es noch andere Geschlechter und Berufsgruppen im Bildungsbereich gibt, dann bin ich ja ganz durcheinander ... Hilfe!!
Beste Grüße, Rüdiger Eckert

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden.

Gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

■ Nun, da ich seit drei Jahre im AK Internationales der GEW-Bremen mitarbeite, dachte ich mir, dass die Jahrestagung in Bad Hersfeld eine gute Gelegenheit ist, um mal mitzubekommen, was die GEW insgesamt auf dem Internationalen Sektor so tut. Auf der Tagung wollte die 20-köpfige GEW-Delegation, die im Juli letzten Jahres acht Tage in Bangkok an dem Weltkongress der Bildungsinternationale (BI) teilgenommen hat, über die Beschlüsse dieses Kongresses berichten: Die vorgetragenen Themen

- in erster Linie die Grundlage dafür legt, dass Schülerinnen und Schüler sich jetzt und insbesondere als Erwachsene für ein humanes und soziales Miteinander über alle Grenzen und Kulturen hinweg einsetzen.
- sich der weltweit aber auch in Bremen verstärkt zu beobachtenden Verschlechterung der Qualität an öffentlichen Schulen und der damit verbundenen Tendenz zur verstärkten Privatisierung von Schulen entgegenstellt.
- als Antwort auf die Diskussion um das Thema Digitalisierung, Unterrichtsmethoden und -inhalte verstärkt unterstützt, die Beziehungs- und Kommunikationsfähigkeit fördern und ein besonderes Gewicht auf eine emotionale Bildung legt. In diesem Zusammenhang spielen Fächer wie Musik, Theaterspielen, Kunst und Sport, aber auch spirituelle Inhalte wie Meditieren, Yoga eine zu verstärkende Rolle.

Fehlermeldung E15

Persönliche Gedanken zur GEW-Tagung Internationales im Februar in Bad Hersfeld

Von Karl-Heinz Pitz

waren für mich ein guter Anstoß, mir meine eigenen Gedanken zu machen zu wichtigen Themen einer Bildungsgewerkschaft im Allgemeinen und der Situation der GEW bzw. in den Schulen in Bremen im Besonderen.

Gesellschaftlicher Auftrag

Mir ist bewusst geworden, dass eine Bildungsgewerkschaft mehr noch als andere Gewerkschaften einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag hat, der weit über Tarifpolitik hinausgeht, nämlich zur Realisierung einer Bildung beizutragen, die

Ökologische Initiativen unterstützen

Dies bedeutet dann aber konkret, dass die GEW ökologische Initiativen wie Fridays for Future unterstützen sollte, und die (Flug-)Reiseaktivitäten von Mitgliedern des GEW-Bundesvorstandes u.a. von 115 Reisen im Jahr 2019 aus ökologischen Gründen auf nahezu Null in diesem Jahr herunterfahren – sprich mit gutem Beispiel vorangehen sollte.

Bücher statt Bomben

Eine andere sehr begrüßenswerte Initiative der Bildungsinternationale ist die Entschließung zur Friedenserziehung »Bücher statt Bomben«, die aber für Deutschland so erweitert werden sollte, dass sich die GEW und ihre Mitglieder aktiv dafür einsetzen, dass es keinerlei Werbung der Bundeswehr an Schulen mehr gibt und dass sich die Bundeswehr auflösen und alle Rüstungsbetriebe in Deutschland geschlossen werden sollten. Nur so kann man glaubwürdige Friedenserziehung betreiben.

Bereitschaft zum Streik

Um solche Gedanken Realität werden zu lassen, ist es sicherlich in nächster Zeit auch nötig, sich an Beispielen wie der niederländischen

Lehrergewerkschaft Algemene Onderwijsbond (Aob) zu orientieren und auch mal einen längeren Lehrerstreik in Deutschland für eine gute und humane Bildung zu organisieren und allgemein in der GEW und auch in den Schulen eine Diskussion über einen sinnvollen Arbeitsbegriff anzufangen, der nicht nur dem Zweck dient, irgendwie Geld zu verdienen, egal womit, sondern der eine Funktion hat, sich nach den eigenen Möglichkeiten durch für sich und die Gemeinschaft sinnvolle Tätigkeiten zu verwirklichen. Und das gilt nicht zuletzt für den Lehrerberuf: Nur wenn die Bedingungen und die Inhalte in diesem Beruf so sind, dass man sich damit identifizieren und Freude daran haben kann, kann man junge Menschen motivieren und mitreißen.

Weltweiter Bildungsbegriff

Mir ist auch sehr bewusst geworden, dass die Art von Bildung, die wir in Deutschland bzw. Westeuropa betreiben, auch viele, nicht nur ökologische, Probleme erst hervorbringt, dass es also darum gehen muss, den weltweiten Bildungsbegriff zu dekolonisieren, und damit dazu beizutragen, dass viele Menschen nicht mehr aus ihrer Heimat fliehen müssen, sondern sich eine Grundlage für ein gutes Leben in ihrer Heimat legen können. Andererseits ist es aber auch nötig, alle Menschen, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, durch eine gute und integrierende Bildung willkommen zu heißen.

Ach ja, Fehlermeldung E15: Nick, mit dem ich im Zug zurückfuhr, erhielt im Zug eine Nachricht von seiner Geschirrspülmaschine »Fehlermeldung E15«: Nach einigen Recherchen stellten wir fest, dass das Wasser aus der Bodenwanne nicht abfloss, weil die Wasserpumpe verstopft war. Wir konnten den Fehler aber trotz aller Bemühungen online noch nicht beheben, sodass Nick doch erst noch mit dem Schienenersatzverkehr zur Geschirrspülmaschine zurückkehren musste.

Ein bewegtes und bewegendes Wochenende. Danke dafür!



Trump und seine evangelikalischen Gefährten

Ein Schiff wird kommen...

Im Herbst 2020 soll Bremen zum Schwerpunkt konservativer evangelikaler Missionierungsversuche werden. Ein Bündnis formiert sich dagegen

Von Herbert Thomsen, IBKA

■ Mitte September wird die Logos Hope, ein evangelikales Missionierungsschiff, für vier Wochen in Bremen festmachen. An Bord werden vierhundert überzeugte, missionarisch agitierende, evangelikale Christen sein. Sie werden versuchen, mit den schon in Bremen vorhandenen evangelikalen Gemeinden, Schulen und Sozialeinrichtungen den öffentlichen Raum zu bestimmen und neue Anhänger*innen zu gewinnen. Die Mitgliedsorganisationen des Dachverbandes der Evangelikalen, der Evangelischen Allianz, sind dabei, sich auf dieses »Event des Jahres« einzustimmen. Und das nicht nur in Bremen...

Wer ist die »Logos Hope«?

Die Logos Hope wird von Operation Mobilisation International betrieben. Diese »Schiffsmission« ist eines der zentralen Projekte der weltweiten Evangelikalen Bewegung. In den letzten Jahren wurde das Schiff vor allem in Lateinamerika eingesetzt. Die Ziele der Missionsfahrten werden auf der Webseite von OM wie folgt beschrieben:

»Eine internationale Mannschaft unbezahlter Freiwilliger lebt und arbeitet an Bord. Teams vom Schiff bringen sich in der Umgebung ein, um praktische Hilfe und Gemeinschaftsfürsorge anzubieten. In jedem Hafen schließt sich die Mannschaft des Schiffs lokalen Kirchen an, um den Menschen unabhängig von ihren Umständen, ihrer Kultur oder ihres Hintergrundes Hoffnung zu bringen und ihnen Gottes Liebe zu zeigen.«
Jährlich werden über das Schiff ca. 1 Million Bücher verkauft. Darunter 100.000 Bibeln und 500.000 Exemplare anderer christlicher Literatur. Die Schiffsbibliothek scheint eine Munitionskiste für christliche Lebensführung, christliche Sexualmoral und Gottesverehrung zu sein. In jedem Hafen werden Massenbesuche in diese Bibliothek organisiert.

Unter dem Mäntelchen sozialen Engagements...

Sie werden ausschwärmen in die Sozialeinrichtungen der Evangelikalen, in deren Kirchengemeinden und Einrichtungen, sie werden auf Straßen und Plätzen sichtbar sein und »Gottes Wort« verkünden. Die Logos Hope wird sich einen Internationalen Anstrich geben als einer Einrichtung, die auch den Armen zu Bildung (Bibliothek) verhilft, Arbeitseinsätze in Wohnquartieren durchführt und internationale kulturelle Beiträge mit im Angebot hat. Über ihre aktiven Mitglieder in Schulen, Jugendverbänden und sozialen Einrichtungen werden sie versuchen, Besuche auf dem Schiff zu organisieren. Sie werden sich mühen ihre Kontakte zu nutzen, um unter dem Mantel einer sozial-karitativen Bewegung ihre konservative Botschaft zu verbreiten.

Autoritaristisch, homophob, patriarchal...

Aber es werden auch Menschen dabei sein, die an den Kampagnen zum vollständigen Abtreibungsverbot in den USA, oder der Einführung langjähriger Haftstrafen für Homosexuelle in Westafrika mitgewirkt haben. Es werden Menschen über die Gangway der Logos Hope kommen, die Bolsonaro in Brasilien, Trump in den USA bei den Wahlkampagnen unterstützen und die in lateinamerikanischen Ländern Militärputsche mit Bibeln in der Hand

beklatschen. Es kommen nicht irgendwelche netten Bibelfreaks aus bisher unbekanntem Freikirchen, es kommt der harte Kern der Evangelikalen Weltbewegung. Der Schiffs-einsatz soll den hiesigen Evangelikalen helfen, in den öffentlichen Raum vorzudringen und ihre mittelalterliche Agenda politisch durchzusetzen.

Warum Bremen?

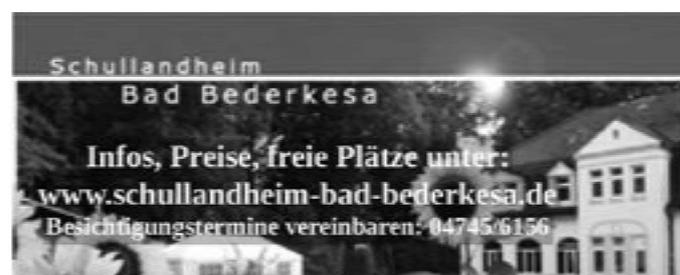
Bremen ist die norddeutsche Hochburg der Evangelikalen. Sieben evangelikale Gemeinden und zwei landeskirchliche Gemeinschaften wirken innerhalb der fälschlich als liberal geltenden evangelischen Landeskirche. Allein 15 Pfingst-, einige Baptisten und andere freikirchliche Gemeinden sind aktiv. In Bremen gibt es die größte evangelikale Bekenntnisschule Deutschlands mit ca. 1500 Schüler*innen. Das Sozialwerk der evangelikalen Pfingstler hat allein 600 Beschäftigte und sie missionieren in 15 Kindergärten, die sie betreiben. Drei evangelikale Abgeordnete sitzen im Landesparlament und wichtige Funktionen der Evangelischen Kirche sind mit Evangelikalen (Lighthouse/ PIKS) besetzt.

Ein Bündnis formiert sich

Wir wollen diesem politisch-religiösen Treiben ein breite Bewegung entgegenzusetzen. Dazu ist eine neu überarbeitete Broschüre zu Inhalten und Organisationsstrukturen der Evangelikalen in Bremen erschienen. Wir haben zahlreiche Frauen-, Jugend-, Demokratie- und Bürgerrechtsgruppen eingeladen, ein Bündnis ins Leben zu rufen, um die evangelikalen Seelenfänger*innen im September gebührend zu empfangen und Diskussionen über die rückwärtsgewandte politische Agenda der Betreiber des Missionsschiffes anzustoßen.

Weiter Informationen unter folgenden Adressen:
Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA)
ibka-bremen@web.de
ibka.org
Forum säkulares Bremen:
info@forumsaekularesbremen.de

Anzeige



Hermann ist angekommen.

Geschichten aus Gröpelingen, Jochen Hering
Marco Holmer (*1950) erzählt Geschichten in Theatern, Schulen, Kindergärten – auch in Bremen, ISBN 9783982125060, 9 € (direkt beim Verfasser zu beziehen: info@geschichtenfabrik.eu)

Hermann ist umgezogen, und zwar von Holland nach Bremen-Gröpelingen. In insgesamt 16 Geschichten erzählt Marco Holmer von der Begegnung des Jungen mit seiner neuen und fremden Welt. Manchmal sind es kleine Krimis, manchmal komische Begebenheiten, manchmal Rätselgeschichten. Immer aber steht Hermanns Alltag im Mittelpunkt. Die Skulptur vom Gröpelinger Werftarbeiter fällt Hermann auf. Und dann will er wissen: »Mama, was hat der eiserne Mann in seiner Tasche.« Die eiserne Tasche verrät ihr Geheimnis nicht. Aber am nächsten Tag trifft er einen Mann mit genau so einer Tasche. Und so löst sich das Rätsel. In der Tasche sind Brotlose, Thermoskanne mit Kaffee, eine Zeitung und eine Zigarre.

Was die Geschichten für Kinder in Gröpelingen und anderen vielsprachigen Stadtteilen Bremens besonders attraktiv macht: Die fremde Herkunftssprache und die neue Sprache als Herausforderung werden durchgehend thematisiert.

Die Geschichte des Wassers

Maja Lunde, btb-Verlag



Der Titel ist etwas irreführend, denn das Buch handelt von zwei Geschichten, die mit Wasser zu tun haben. Das die eine das Jetzt betrifft und die andere im Jahr 2041 spielt, ist beim Lesen nicht zu merken. Eine Zusammenführung der beiden Erzählstränge kann man erahnen oder auch erhoffen, denn sie werden nicht spannend oder gar »virtuos« dargeboten, wie es auf dem Buchdeckel heißt. Dem Buch fehlt ein wirklicher Spannungsbogen, der die Leserin auffordert immer weiter zulesen. Im Gegenteil gibt es einige Wiederholungen und Längen. Dass Verkauf von gefrorenem Wasser auch ein Geschäft sein kann und Brände zu Wassernot führen, ist doch schon allgegenwärtig. Dass es nach vierundzwanzig Jahren vakuumverpackt noch gierige Abnehmer findet, das halten wir für erfunden, ist aber als Clou gedacht. Dieses Buch gehört nicht auf

die Bestsellerliste und scheint nach dem Erstverfolg über »Die Geschichte der Biene« schnell nachgeschoben. Klimaproblem sells anscheinend.

John Fante, Arturo Bandini – die Trilogie, Band 1, Warte bis zum Frühling Verlag Blumenbar, 24 €



Der erste Band des angeblich wiederentdeckten Opus Magnum aus den vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts von Fante handelt von einer italienischen Einwandererfamilie in die USA, den Bandinis. Arturo ist der älteste von drei Söhnen. Gezeigt werden Höhen und Tiefen dieser bitterarmen Familie in ihrem Existenzkampf. Die Geschichte pendelt zwischen himmelhochjauchzend und zu Tode betrübt. Mutter, Vater und die drei Kinder werden zwischen sündigem Leben einiger Familienmitglieder, Vater und Arturo, und strenggläubigem Katholizismus der Mutter und des einen Sohnes, der dem Priesteramt zustrebt, zerrieben. Die kleinen und großen Fehlritte und Grobheiten, Lügen und Betrügereien, in denen sich gesuhlt wird, werden ausgiebig beschrieben. Dem folgt auf dem Fuße die Reue, die Gewißheit, eine Sünde begangen zu haben, die man dann durch eine entsprechende Beichte wieder erlassen bekommt. Das ganze für die Protagonisten, hauptsächlich für Arturo, ohne Erkenntnisgewinn und Lerneffekt. So gehen die Tage dahin, aber auch die Seiten des Buches und die Geschichte schleppt sich zwischen diesen Extremen in Wiederholungsschleifen dahin. Der Schluss ist witzig geschrieben und die Geschichte hat doch ein Happyend: Papa Bandini kommt doch zu seiner Familie zurück.

Im Westen was Neues

Klaus Hellmerichs (Hrsg.), Edition Temmen



Der Westen brauchte mehr als das Gymnasium am Waller Ring. 1976 nahm das Schulzentrum am Rübekamp die Arbeit auf. 1980 wurden die großzügig gestalteten Räume eingeweiht. Eng verknüpft mit der Gesamtschule West wird hier die Entstehung der Oberstufe akribisch aufgearbeitet. Was nicht immer heißt, daß es für alle Ereignisse Erinnerungen und Zeitzeugen geben muß. Derer gibt es aber sehr reichlich und dafür

bietet das Buch einen oft subjektiven, aber sehr konkreten Einblick in die Geschichte. Das soziale Leben, der Umgang miteinander, die Fächer, die Professionen, das Schulleben, die Kämpfe und die Zusammenarbeit mit Politikern, Schulaufsicht, Senatoren, all das spiegelt sich in diesem Band wieder. So wird man auch die Namen der ersten Jahrgänge, die noch in Containern anfangen, genau so finden wie viele Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Schulleitungen und andere Beschäftigte der Schule. Schule ist eben mehr als Unterricht, das wird hier deutlich in einem gut zusammengetragenen Fundus, der sich auch prima zum Durchblättern, Suchen, Fotos anschauen und für Quellenarbeit eignet. Ein Buch im Din A4-Format, in dem viel Arbeit steckt, welches sich aber bei weitem nicht nur für Ehemalige eignet, es ist auch lehrreich über den Aufbau und Inhalt von Schule zu jener Zeit den Blick auf zukünftige Schule richten zu können. Der Schule und dem Kollegium wünscht man auch nach der Lektüre weiterhin eine gute Entwicklung.

Melinda Nadj Abonji – Tauben fliegen auf

2010, Verlag Jung&Jung, 22 €



Integration ist nicht leicht für die Familie Kocsis mit den beiden Töchtern Ildiko und Nomi, die aus Serbien nahe der ungarischen Grenze noch vor dem Jugoslawienkrieg in die Schweiz übersiedeln und dort auch nach einiger Zeit eingebürgert werden. Sie sind Ungarn und auch ihre Sprache ist ungarisch. Zuerst betreibt die Familie eine Großwäscherei, dann ein renommiertes Cafe am Züricher See. Hin- und hergerissen zwischen dem Alten, Vertrauten in der Heimat, zwischen Ost und West, zwischen Armut und gewissem Wohlstand wird die Entwicklung aus der Sicht Ildikos in der Ichform sehr lebendig, einfühlsam und konkret sprachlich gewandt und sehr abwechslungsreich geschildert. Wie denkt der Opa über die Politiker: »Ein Kusok (Politiker) ist wie der andere. Wenn er mal da ist, wo er hinwollte hat er das gleiche geschlechte Gesicht wie all die anderen, und es sieht einem geölten Arsch nicht unähnlich, na wie ist das möglich?« Das Schicksal nur einer Familie, die durch ihre Wurzeln und familiäre Verbundenheit dann auch noch den Balkankrieg miterleben muss.

Buchtipps zusammengestellt von der Redaktion





Wuff, Wau-Wau- Know how

Von Wilfried Meyer

■ Der Fachkräftemangel spielt in vielen Bereichen noch überhaupt keine Rolle. Zum Beispiel in Umschulungsmaßnahmen bei aus Rumänien und Albanien an Deutschland vermittelte Straßenköter. Da sie in ihren Herkunftsländern keine Chancen auf Teilhabe an Wurst und Fleisch und PaddygreyPal oder so haben, sollen sie in vielen Bundesländern jetzt zu Schulsozialhunden ausgebildet werden. Ein knurrender großer Hund kann ein aggressives Kind schnell beruhigen und notfalls auch mit einem gelernt gezielten und kompetenzorientierten Biss zur Unterrichtsraison erziehen.

Ruhe kehrt schnell ein und auch das Einnehmen der Plätze geschieht in gesteigerter Geschwindigkeit. Fehlen die Inklusionskräfte kann man sich auf die Hundestaffel vom Rembertiring zu 100% verlassen. Selbst ein Amokläufer, der nach amerikanischem Vorbild in die Schulen eindringen würde hätte keine Chance. Denn dank kugelsicherer Hundewesten kann diesem Sozialarbeiter, dem schon erwähnten Fellmanager nichts passieren. Ein Kind oder Jugendlicher, der einmal zur Beruhigung zum Streicheln des Hundes geschickt wurde, oder einen Mischling aus Rumänien führen durfte, der hat an normalem Unterricht auch kein Interesse mehr, er ist einfach auf den Hund gekommen.

Hatte man früher Springmäuse, Hamster, Schildkröten oder auch sprachlose Fische im Klassenraum, die es meistens nicht über die Sommerferien schafften, ist der Hund als treuer Begleiter des Menschen da

erheblich anspruchsvoller. Er kann in allen Lebenslagen dienen und nur im äußersten Versorgungsnotfall wird er zu Ferienanfang oder nach dem Weihnachtsfest an der Autobahnraststätte anderen Herausforderungen zugeführt und am Mac Donalds Drive in angebunden. Gerade erreicht uns die Nachricht aus dem Saarland: »Das Saarland hat ein Pilotprojekt für Lehrkräfte zur Ausbildung von Schulbegleithunden abgeschlossen und die ersten 12 Teilnehmer*innen dafür zertifiziert.« Neben oben beschriebenen Fähigkeiten »können die Schüler*innen durch verschiedene Übungen mit Hunden ihre Auge-Hand-Koordination und ihre Orientierung im Raum verbessern. Die unterschiedli-



Der W+E (wittern und erfassen) Hund REX vor dem nächsten Einsatz

chen Kooperationsspiele fördern zudem das Klassengemeinschaftsgefühl.« (Zeitschrift Pädagogik, 1-20, Seite 60) Das ging aber früher mit den Schildkröten auch, nur eben langsamer. Auf jeden Fall finden wir das Saarland toll.

Es gibt ja auch in Heimen mit Demenzkranken auf dem Land Therapeuten, die im Stuhlkreis ein Schwein herumschicken. Die Kranken erinnern sich dann daran, dass sie früher viel mit Schweinen Kontakt hatten. Und wer kann das von sich nicht sagen. Nur den Begriff sollte die Behörde noch etwas schärfen. Hundeführer, also die Verbindung von Hund Blondie und Führer

ist zwar wieder im Kommen, als Höcke-Hund oder als mein Gaulandführer-schleck-hechel-speichel Diener... Interessierte Leser dieser Frischlufte-Rubrik wissen natürlich, dass die Redaktion immer auf ausführliche und genaue Recherche setzt. So auch diesmal im Internet: toll, was auf dem Gebiet schon alles die Pfote hebt und die Ohren spitzt. Beispiele gefällig? »Schulsozialhund »Lucky« am Arbeitsplatz, dem Eutiner Voß-Gymnasium, ein Welpen...da er noch jung ist besucht er die Welpenschule« oder heroisch ist die »Pfothenheldin im Einsatz«.

Na einer geht noch: »Labradoodle-dame Mayra ist von Beruf Schulsozialhund« und man kann im »Bulldoggenforum« chatten. Wir unterstützen all diese Bemühungen, möchten aber folgendes zu bedenken geben. Beim Digitalpakt fordern wir ein Schulkonzept, das möchten wir für den Hund auch sehen. Nur die Konferenz kann in Bremen pädagogisch entscheiden. Tut sie es nicht, kann nach Schulgesetz der Schulleiter entscheiden. Das führte an unserer Schule dazu, dass der Schulleiter zwei Möpfe bestellt hat. Die besonders von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ungern ausgeführt wurden. Irgendein Vorurteil haftet ihnen an. Außerdem muss wie beim Kabelanschluss der PCs der Hund an der Leine geführt werden. Es muss einen Wartungsdienst, Reinigungsdienst und Futterdienst geben, und das kann nicht wieder der Hausmeister übernehmen. Und ein Dach, welches nicht durchregnet wäre natürlich in Schule schwierig. Gut wäre Mehrsprachigkeit.

Wir finden diese Idee der Staffelleitung in der Bildungsbehörde extrem gelungen und wünschen wie immer bei gut durchdachten Projekten viel Erfolg. Und die passenden kugelsicheren und tarnfarbengeschmückten Hundewesten gibt es z.B. unter <http://www.laufender-keiler.de/>. In echt. Und was noch aus einem Diensthund werden kann: Ein Hund der amerikanischen Armee verfolgte in Syrien IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi bis zu dessen Tod. Nun ist das Tier auf dem besten Weg, in den USA ein Held im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus zu werden. Toll!

FUNDSTÜCKE

Nichts ist stärker als eine Idee, deren
Zeit gekommen ist.

Victor Hugo

Ein Urteil lässt sich widerlegen,
aber niemals ein Vorurteil.

Marie von Ebner-Eschenbach

Alles, was die Menschen in Bewegung setzt,
muss durch ihren Kopf hindurch; aber welche
Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt
sehr von den Umständen ab.

Friedrich Engels

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Programm

Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de



THEATER BREMEN

22.03. 19.00 Uhr

IOTA.KI

Live Animation Cinema von sputnic – Eine Moks-Produktion

Mit ihrer Form des LIVE ANIMATION CINEMA, bei der vor den Augen der ZuschauerInnen ein Trickfilm animiert, geschnitten und vertont wird, erzählen Nils Voges und sein Kollektiv sputnic die Geschichte der jungen Astronomie-Studentin Anna und der von ihr geschaffenen Künstlichen Intelligenz.

Brauhaus 13+

Auch am 24.03., 25.03. um 10.30 Uhr,

Bremer Schulen

Eintritt frei.

27.03. 10.30 Uhr

Frühlingserwachen

Mit einer Gruppe junger Männer unterschiedlicher Kulturen horcht Alize Zandwijk gemeinsam mit dem Choreografen Tomas Bünger auf der Grundlage des Wedekindschen Dramas in deren Welt hinein.

Auch am 01.04., 02.04. und 23.04. um 20.00 Uhr

Kleines Haus 14+

belladonna

Kultur, Bildung und Wirtschaft für Frauen e.V.

Dienstag, 28.04. 19.00 Uhr

Kinder von Zugewanderten – Identitätsfindung zwischen Anpassung und Widerstand?!

*Dr. Miriam Yildiz, Virginie Kamche, Aysun Doğmuş,
Dr. Ferdaouss Adda*

Gemeinsame Veranstaltung von der
Stadtbibliothek und belladonna
Stadtbibliothek Bremen, Wall-Saal, Am Wall 201
Die Veranstaltung ist für Frauen.

schnürschuh t h e a t e r

28.04. 09.30 Uhr

Wunderzeiten

Ein starkes Stück Pubertät und andere Katastrophen
von Kim F. Aakeson

Die Schwierigkeiten der Identitätsfindung in den frühen Jahren der Pubertät bringt Wunderzeiten in turbulentem Komödienkostüm herzhafte humorvoll auf die Bühne.

10+

Regie: Pascal Makowka

Auch am 29.04. 09.30 Uhr

19.03. 19.30 Uhr

Meinungsfreiheit im Grundgesetz und in der Praxis – "Israelbezogener Antisemitismus" als Problem der Meinungsfreiheit

Prof. Dr. Johannes Feest, Bremen

26.03. 19.30 Uhr

Mit Mut und List – Europäische Frauen gegen Faschismus und Krieg.

Dr. Florence Hervé, Köln

21.04. 19.30 Uhr

Revolutionär und Visionär – Friedrich Engels wird 200 Jahre alt

Dr. Johann-Günter König, Bremen

05.05. 19.30 Uhr

MEMORANDUM 2020

Prof. Dr. Mechthild Schrooten, Bremen

Prof. Dr. Rudolf Hickel, Bremen

12.05. 19.30 Uhr

900 Tage: Die Belagerung Leningrads 1941–1944

Dr. Gert Meyer, Marburg

Alle Vorträge: Villa Ichon, Goetheplatz 4

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Corona-Virus hat sich tief in unser Bewusstsein eingenistet. Der Alltag in und außerhalb der Schulen, Kitas und Hochschulen ist ein anderer geworden. Mit Verantwortungsbewusstsein, Hilfsbereitschaft und einem Stück Gelassenheit werden wir bald wieder entspannter sein können.

Stadtverband Bremen

April

21.04.	FG Berufsbildende Schulen, 16 Uhr, DGB Haus Bremen, SZ 4
27.04.	FG Grundschule, 17 Uhr, DGB Haus Bremen
27.04.	Vertrauensleute, 17 Uhr, Gew Geschäftsstelle Bremen

Mai

01.05.	Mairühstück, 08.30 Uhr, Bürgerhaus Weserterrassen (Anmeldung bitte bis zum 16.04. bei der GEW-Geschäftsstelle)
--------	---

04.05.	AK Erwerbslose, 15 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
04.05.	AK Gute Bildung für Geflüchtete, 17 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
05.05.	FG Inklusion, 17 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
12.05.	AK Senioren, 10:15 Uhr, DGB Haus Bremen
14.05.	AG Pädagogische Fachkräfte, 17 Uhr, Personalrat Schulen Bremen

Seminare im Frühjahr 2020

Seminar für Personalausschüsse

Im Seminar gibt es zunächst eine kurze Einführung über die rechtlichen Rahmenbedingungen der Personalausschüsse. Anschließend werden anhand von Fallbeispielen aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert. Dabei sind die Teilnehmenden eingeladen, eigene Anliegen / Probleme der Arbeit in den Personalausschüssen im Seminar zu bearbeiten. Das Seminar eignet sich sowohl für Anfänger*innen, die gänzlich unerfahren mit Personalausschüssen sind und sich einen Überblick verschaffen wollen, wie auch für erfahrenere Kolleg*innen, die am Austausch über die Praxis der Personalausschüsse interessiert sind.

Themen: Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse?
 Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem, und die Abgrenzung zum, Personalrat aus?
 Wie gehen wir mit Konflikten um?
 Welche Unterstützung brauchen wir?
 Leitung: Ima Drolshagen, Mitglieder des PR-Schulen BHV

In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V.
Dienstag 21.04., 9 – 16 Uhr
 Bremerhaven, LFI, Friedrich-Ebert-Str. 33
 kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 20 €)

Gewaltfreie Kommunikation – 2020

Die Teilnehmer erhalten die Gelegenheit, reale Konflikte aus ihrem Leben einzubringen, mit Hilfe der 4 Schritte der gewaltfreien Kommunikation (Beobachtungen, Gefühle, Bedürfnisse, Bitten) sich selbst und dem Konfliktpartner ein tiefes Verständnis entgegen zu bringen und damit eine Grundlage für beiderseits annehmbare Lösungen zu schaffen.

Montag 27.04., 9 – 16 Uhr
 Bremen, DGB-Haus, Bahnhofspatz 22 – 28
 Leitung: Petra Kumm
 Kostenanteil: 10 € inkl. Verpfl. (Nicht-Mitglieder 40 €)

Seminar für pädagogische Mitarbeiter*innen in Bremerhaven

Interessenvertretung und meine Rechte am Arbeitsplatz Schule, Bildungsurlaub in Kooperation mit Arbeit und Leben Bremerhaven e.V. Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Pädagogische Mitarbeiter*innen an Schulen? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit / zu den Lehrer*innen aus? Welche Unterstützung brauchen wir? Wie können wir uns besser vernetzen?

Thema sind aktuelle Probleme und Konflikte am Arbeitsplatz, u.a.: Was darf ich – was muss ich? Mehrarbeit – was muss mir der Arbeitgeber zahlen/ausgleichen? Krank in den Ferien – was steht mir zu, was kann ich machen?
 Bildungsurlaub in Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V. / Bremerhaven e.V.
 Leitung: Ima Drolshagen, Mitglieder des PR-Schulen BHV

Donnerstag 07.05.2020, 9 – 16 Uhr
 Bremerhaven, LFI, Friedrich-Ebert-Str. 33
 gratis für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 15 €)